

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 30 Pfg., für Mitgliedskarten 20 Pfg.

## Weihnachtsbetrachtung.

Wieder ertönt es laut und vernehmlich durch die christlichen Lande: „Friede auf Erden!“ Und der feierliche Klang heiliger Kirchenglocken tönt weithin. Er gleitet über die Dächer der Großstadt bis zum entlegensten Gebirgsdörfchen, das einsam verschneit und weltvergessen im Felsentessel am hohen Bergeshang schlummert, und überall ruft er die Gläubigen zur Einkehr in die Gebetshäuser, von deren Kanzeln herab die Vertreter der christlichen Kirchen aller Bekenntnisse den gläubigen Zuhörern das poesieumwobene Märchen des Lukas-evangeliums erzählen, von der wunderbaren Geburt des Welterlösers im Stall zu Bethlehäm, von den armen Hirten auf dem Felde, denen die Engel verheißungsvoll verkündeten: „Ehre seit Gott in der Höhe und Friede auf Erden unter allen Gott wohlgefälligen Menschen.“ . . .

So schön dieses poesievolle Märchen auch heute noch klingt: Längst hat es sich in der Tat als wirkliches Märchen, als eine schöne Legende herausgestellt. Bibel und Geschichtsforschung haben längst festgestellt, daß diese Legende erst gegen Ende des ersten Jahrhunderts unserer Zeitrechnung entstanden ist und vor allem einen Sehnsuchtschrei der gemarterten Menschheit der damaligen Zeit darstellt, einen Schrei nach Erlösung aus den grauenhaften Zuständen des versinkenden Römerreiches, ein Schrei des Hasses gegen Cäsarenwahn und Cäsarenkultus.

So ist das Weihnachtsmärchen des Lukas-evangelisten keine bloße und nichtsagende Erfindung seines unbekannteren Verfassers. Es ist aus den Stimmungen seiner Zeit hervorgegangen. Es war der Kampf des aufstrebenden Christentums gegen die cäsaristische römische Staatsgewalt. Es war die Sehnsucht, einen mutvollen Erretter aus den trostlosen Zuständen erstehen zu sehen. Man sehnte sich nach einem neuen Reiche der Freiheit, der sozialen Gleichheit, des Völkerr Friedens.

Wohl war diese damals aufkeimende Volksbewegung zu verstehen. Das damalige weltbeherrschende Rom war korrumpiert. Des Volkes bester Kern, die freie Bauernschaft, war ins Lumpenproletariat hinabgesunken. Der Gegensatz von Arm und Reich verschärfte sich mehr und mehr. Massenarmut, Massenelend griffen um sich. Zugleich auch die Sittenlosigkeit und Grausamkeit der herrschenden Klassen. Und vor allem richtete sich deren Wut gegen die christlichen Sekten, die unter den entmenschten und grausamen Cäsaren Nero, Domitian und Trajan in furchtbare und entsetzliche Weise verfolgt wurden.

Kein Wunder, daß in dieser furchtbaren Not den Enterteten der damaligen Zeit als freudiger Hoffnungsstrahl besserer Zukunft der Welterlösungs-gedanke kam, die Sehnsucht nach einer Erlösung aus den furchtbaren Fängen des cäsaristischen Rom, einer Erlösung aus Not und unfählichem Elend. Und dieses Sehnen ist verkörpert in der Legende des Lukas-evangeliums. Dem unbekannteren Verfasser dieser Schrift ist aber Christus nicht nur der den Juden in gleichfalls legendärer Weise verheißene Messias, er ist der Welterlöser, der allen Menschen den Frieden und die Erlösung bringt. . . .

Heute macht die christliche Kirche ihren Gläubigen plausibel, daß das Christentum seinerzeit nur eine Erlösung der Seelen verheißt habe. Und doch ist dies nackte Fälschung. Der Erlösungsgedanke der damaligen Zeit hatte vor allem unter den Heidenchristen einen völlig materiellen Inhalt. Alle aus jener Zeit überkommenen Schriften predigen die soziale Gleichheit, bekämpfen das Privateigentum. Dies beweisen die römischen Schriftsteller der damaligen Zeit, dies beweist die Apostelgeschichte, dies beweisen die Briefe des Paulus an die damaligen christlichen Gemeinschaften.

## Die Tage werden länger . . .

\*\*\*

Nun bist du wiederkommen,  
Du helles Kerzenfest,  
Indes der dunkle Winter  
Die Faust auf's Land gepreßt.  
Du nahlst nicht als ein strenger,  
Du bist ein lieber Gast:  
Die Tage werden länger,  
Wenn du begrüßt uns hast.

Im Fernen weilt die Sonne,  
Matt ward ihr heller Blick;  
Sie wick von unfern Fluren  
Mit jedem Tag zurück.  
Das Dunkel, eng und enger,  
Zog seinen trüben Bann . . .  
Die Tage werden länger;  
Nun wieder geht's bergan!

Klingt's aus den grünen Tannen  
Nicht wie ein Jubellied?  
Die Finsternis will weichen,  
Der graue Nebel zieht.  
Was ward dir bang und bänger?  
Noch lebt des Lichtes Macht;  
Die Tage werden länger,  
Und kürzer wird die Nacht.

Wirf ab, wirf ab die dunkle,  
Die winterharte Last,  
Und schau dem Feind in's Auge  
Und allem was dich haßt.  
Die Stirne dem Bedränger!  
Der Dunkelheit den Krieg!  
Die Tage werden länger,  
Und sie verkünden Sieg.

Und höhnen sie die Sonne,  
Weil sie uns noch so fern,  
Einst brennt sie auf den Scheitel  
Den superklugen Herrn.  
Die schlauen Rattenfänger!  
Vergeblich pfeift ihr Trug.  
Die Tage werden länger,  
Die Ratten werden klug.

Drum zündet hell die Kerzen  
Nun an dem ärmsten Baum.  
Gebt froh in eurem Herzen  
Der lichten Hoffnung Raum.  
Seid tapf're Vorwärtsdränger  
In Winter und in Nacht —  
Die Tage werden länger  
Und größer eure Macht!

Und diese Idee des Kommunismus, der Abschaffung des Privateigentums, beherrschte auch die ersten Kirchenbäter. Selbst noch im fünften Jahrhundert unserer Zeitrechnung bekämpfte der heilige Augustin das individuelle Eigentum und nannte es die Ursache aller Prozesse, aller Feindschaft und Zwietracht, von Krieg und Mord.

Die christliche Lehre avancierte jedoch zur römischen Staatsreligion. Damit streifte sie denn auch bald das „Staatsgefährliche“ ab. Eine mächtige Priesterkaste entstand zum Schutze der Reichen und Mächtigen und des Privateigentums. Die kommunistischen Tendenzen verschwand, und wer sich dennoch erlaubte, ihnen das Wort zu reden, der wurde als Staatsverräter geächtet und gebrandmarkt. Und schon im 13. Jahrhundert lehrte ein Benediktinermönch, der „heilige“ Thomas von Aquino, daß das Privateigentum im Naturrecht begründet sei, daß der Gemeinbesitz nur Unordnung und Zwietracht bringe.

Diese Tendenzen hob die christliche Kirche immer mehr auf ihren Schilb. Sie begab sich immer unerbittlicher als Schutzpatron der Herrschenden und Mächtigen. Sie bot dem Proletariat Steine statt Brot. Und die „heilige“ Allianz zwischen Geist und Geistlichkeit zur Niederhaltung der Enterteten in Demut und Bescheidenheit ist heute bereits so weit gediehen, daß der oberste Priester der katholischen Christenheit, Papst Pius X., erst vor kurzem einer Abordnung von Arbeitern verkündete, daß der Arbeiter stets mit seinem Lohne zufrieden sein müsse, ansonsten er niemals den Frieden und die Ruhe des Gewissens finden könne. . . .

Heute predigen die Nachfolger Christi die göttliche Berechtigung der sozialen Ungleichheit. Es sei der Wille Gottes, daß es Arme und Reiche, Herren und Knechte gäbe. Und in treuer Bundesbrüderschaft stehen Staat und Kirche zusammen, die bestehende Ungerechtigkeit zu erhalten.

Trotzdem aber ertönt auch heute wie alljährlich zur Weihnachtszeit von allen christlichen Kanzeln das „Friede auf Erden“. Und Millionen Menschen stehen sich gegenüber, bewaffnet bis an die Zähne, und priesterliche Verkünder des Friedens sind jederzeit bereit, die Fahnen, die im Kriege, dem „organisierten Massenmord“, voranzutreiben sollen, mit dem „Segen Gottes“ zu versehen. . . .

Eine neue Bewegung des Proletariats ist in riesigem Wachstum begriffen. Es ist der Sozialismus, um dessen Banner sich heute die Enterteten und Entrechteten in dichten Massen scharen. Ihm ist das Vermächtnis des Urchristentums zugefallen. Und er predigt gleich jener alten heroischen Gefolgschaft des Nazareners Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit. Und er spinnt jene alten kommunistischen Auffassungen vom Lebensgenuß weiter, er verlangt auch die Gemeinsamkeit der Arbeit, die er in den Dienst der Allgemeinheit stellen will, aufgebaut auf gleiche Pflichten und gleiche Rechte.

Und wieder haben sich auch die Feinde des Fortschritts und der sozialen Ungerechtigkeit zusammengefunden und wieder kämpfen sie gegen die neue Botschaft. Auf ihrer Seite befinden sich auch gleichwie in jener alten Zeit, die Machtmittel des Staates, die sie rücksichtslos gegen die aufstrebende neue Bewegung anwenden. Ja, man entblödet sich nicht, sogar gekaufte Wissenschaft gegen die neue Heilsbotschaft mobil zu machen.

Alle Bemühungen der Gegner des Sozialismus werden aber vergeblich sein. Seine Lehre ist begründet auf den erherrnen wirtschaftlichen Verhältnissen. Er offenbart den menschlichen Fortschritt, der mit der Zeit unabwehrlich wirken muß. Und die Zahl seiner Anhänger wächst, die Enterteten haben sich zu zählen begonnen. Und er wird verwirklichen, was einst das Urchristentum vergeblich angestrebt.

Dann aber ist auch endlich die große Weltklüge befeitigt. Aus schwerem Schlummer hat der gute Genius



der Menschheit die Erdenbewohner erweckt. Friede wird sein — wirklicher Völkerriede, wahre Freiheit und Gleichheit herrschen! Das große Sehnen der Menschheit wird sich erfüllen und freudig und wahrheitsstrunken wird der Ruf erschallen, der seit Jahrtausenden wie ein Hohn geklungen, aber frohe, unabänderliche Gewißheit werden soll, der Ruf wahrer Menschlichkeit:

„Friede auf Erden!“

## Der Ruhetag und die Bäckermeister.

Die Gegner der organisierten Arbeiter behaupten schon von jeher, daß berechnete Forderungen derselben von allein in Erfüllung gingen; niemand würde sich ernstlich vernünftigen und zeitgemäßen Reformen entgegenstellen und eines Kampfes zu ihrer Einführung bedürfte es keinesfalls. Am liebsten — oder sagen wir besser, am traurigsten — hören sich solche Aeußerungen aus dem Munde eines Bäcker- oder Konditormeisters an, denn deren Sehnsucht nach zeitgemäßen Reformen liegt so offensichtlich zu Tage, daß sie in allen Arbeiterkreisen die richtige Werthschätzung genießt. Jahrhundertlang haben diese Vertreter des ehrbaren Handwerks ihren Arbeitern das vorenthalten, was anderen Berufsgruppen ohne weiteres zustand: nach einer Reihe von Arbeitstagen ein voller Tag der Ruhe und Erholung. Die Backtubengebiete haben diese Forderung sogar noch als völlig unberechtigt hingestellt, als längst das moderne Wirtschaftsgetriebe seine menschengermüthenden Praktiken auch in unser Gewerbe verpflanzt hatte, und unseren Kollegen die Hoffnung vernichtet war, in späterem Alter als Meister die in der Jugend gebrachten Opfer an Lebenskraft einigermaßen wieder auszugleichen zu können.

Wer gegenüber diesem zähen Widerstande die Erfolge unseres erst einige Jahre währenden Kampfes für einen Ruhetag unbefangenen prüft, wird zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß es nur unserer geschlossenen Einheit und unseres Willens zur Tat bedarf, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Die gestellte Aufgabe ist nicht so riesenschwer, wie mancher geglaubt, und die Wirkung unseres Vorgehens doch größer, als viele annehmen. Sowohl der offene Kampf, wie die fortgesetzte Propaganda für diese Forderung in unserer eigenen als der sozialdemokratischen Presse haben das öffentliche Gewissen immerhin soweit geschärft, daß auch die Bäckermeister nicht mehr wagen, wie sie es anfangs aller Orten taten, unser Verlangen mit einer wegwerfenden Handbewegung zu erledigen. Sie sind wohl oder übel gezwungen, sich mit dem Gedanken eines allgemein durchgeführten Ruhetages vertraut zu machen, und siehe da — jetzt lassen sich sogar in den Innungsorganen bereits Stimmen vernehmen, welche diesem Gedanken etwas größere Konzessionen machen. Natürlich fällt es den Herren noch lang nicht ein, unsere Forderungen anzuerkennen — es ist nur eine gesetzliche, etwas verlängerte Sonntagsruhe, zu der sie sich aufzuschwingen vermögen, und es ist auch nicht Liebe zu den Gesellen, welche sie leitet, sondern wir werden, wenn wir ihre Aeußerungen etwas näher ansehen, erkennen, daß es nur die Furcht vor weiteren Erfolgen unsererseits und die Rücksicht auf ihre eigene Person ist, die ihnen die Zunge löst.

Zuerst war es die Spandauer Bäckerinnung, welche durch ihren Meister Dams sich vernehmen ließ. In einem längeren Artikel wendete er sich vor vier Wochen gegen die Stellung, welche der Germaniaverbandsrat in Hannover und auch einige Obermeister in einer Vorstandssitzung in dieser Frage einnahmen, welche nur für eine verlängerte Ruhepause am Sonntag bis nachts 12 Uhr zu haben waren. Er sagt da unter anderem:

Was nützt es einer Bäckerei, die sonst um 10 Uhr und jetzt um 12 Uhr anfängt, sie würde die Ware doch nicht zur bestimmten Zeit fertigstellen können. Wir schaffen für den Meister keine Erleichterung, sondern neue Lasten. Unsere Meinung und unser Wunsch gehen dahin, daß der Germaniaverband von der Regierung ein gesetzliches Verbot vom Sonntag vormittag 8 resp. 10 Uhr bis Montag früh 5 Uhr fordern sollte. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß dieses für unseren Beruf nur von großem Vorteil sein kann, wenn wir den unausbleiblichen Ruhetag (sic!) so erhalten, wie wir ihn gebrauchen zum Wohle unseres Handwerks.

Daß eine solche Regelung dem Gewerbe wesentlichen Schaden bringen würde, glaubt er nicht, im Gegenteil, „die Sache hätte auch etwas Gutes an sich“.

Und die Spandauer fanden schnell Zustimmung. Herr Ferdinand Einde-Nordhausen stieß bald darauf den Seufzer aus:

Endlich einmal hört man von einer Innung, der Bäckerinnung zu Spandau, geschlossen ein einmütiges Wort, das einem wirklich das Herz erleichtert, und was jeden Bäckermeister zum Nachdenken bewegen sollte.

Und er sagt weiter:

Ich bleibe dabei, solange unsere Gesellen und Lehrlinge keinen richtigen freien Tag haben, solange haben wir Meister erst recht keinen. . . . Wenn man sechs Tage arbeitet, kann man am siebten ruhen; nur dadurch werden wir uns geeignete Arbeitskräfte heranzubilden und auch erhalten.

Dann kam ein Meister Heinrich Büding, Blotho a. d. W., welcher meinte:

Ja, man sollte es eigentlich bei dieser sozial so vorgeschrittenen Zeit nicht für möglich halten, daß es noch einen Stand gibt, welcher Jahr für Jahr, Nacht für Nacht, Sonntags wie Alltags seiner schweren Berufspflicht nachkommt. Es ist eigentlich kaum zu begreifen, daß es noch Eltern gibt, die ihr Kind zu einem Bäcker in die Lehre geben, wo sie doch von vornherein wissen, daß es in seinem ganzen Leben fast nie einen Sonntag haben wird. Und da hört man so oft aus Bäckerkreisen ein Stöhnen darüber, daß die Lehrlinge so knapp sind, es also am nötigen Nachwuchs im Handwerk fehlt; ja, ist denn das so schwer zu verstehen? — Welcher Kollege, der Nacht für Nacht in der Backtubeh stehen muß, wird nicht schon gesagt haben, warum mußte ich auch gerade Bäcker werden!

Dann weiter ein Andreas Büttner, ungenannten Aufenthalts, der auch der Ueberzeugung ist,

daß es ein großer Fortschritt in unserem ehrbaren Bäckereihandwerk wäre, wenn sämtliche Bäckereiuenternehmer resp.

Bäckermeister gemeinschaftlich den freien Sonntag erstreben würden. Viele Bäckermeister behaupten, daß durch den freien Sonntag das Bäckerhandwerk resp. die Meister schwer geschädigt würden. Das Eintreten dieser Befürchtung muß ich als erfahrener Fachmann bezweifeln. Es läßt sich alles einrichten. Es ist doch von Anfang der Welt an Gottes Verheißung: Sechs Tage sollst Du arbeiten, am siebten sollst Du ruhen.

Selbst den Begibus hat einer erstiegen und sieben Strophen zu Lob und Ehr des Ruhetages — pardon, einer Sonntagsruhe — zusammengeritten, von denen wir die letzte unser Leser schmecken lassen wollen. Sie lautet:

Drum laßt uns schaffen ohne Zwang  
Den Tag, den wir entbehrt so lang,  
Uns seiner Früchte laben.  
Der Mensch muß sich auf etwas freu'n,  
Soll ihm die Arbeit froh gelde'n,  
Nicht Geist und Körper lahmen.

Das denken wir auch!

Und schließlich hat selbst die Redaktion der „Günterischen Bäcker- und Konditorzeitung“ in einem kurzen Leitartikel zu der Frage Stellung genommen und sagt dort:

Alle Zeichen sprechen dafür, daß die volle Sonntagsruhe für alle Gewerbe nur eine Frage der Zeit ist. Damit muß man sich befreunden und heizigen daran denken wie es für unser Gewerbe am erträglichsten sei.

Neben diesen Stimmen in der Innungspreffe haben wir noch in letzter Nummer unseres Organs gelesen, daß der Obermeister Drizler-Frankfurt a. M. durch unseren Gauleiter Lankes in einer öffentlichen Versammlung erklären ließ:

Er (Drizler) ist mit der gesetzlichen Festlegung eines wöchentlichen sechsunddreißigstündigen ununterbrochenen Ruhetages einverstanden, wenn der Ruhetag von Sonnabend auf Sonntag festgesetzt wird und Sonntags die Läden geschlossen bleiben.

Und der Obermeister in Witten a. d. R. hat, wie die Leser in der heutigen Nummer in den Berichten über die Ruhetagsversammlungen finden werden, in einer dortigen Versammlung unseren Kollegen persönlich erklärt, daß er und seine Innung für einen dreißigstündigen Ruhetag vom Sonntag zum Montag ohne weiteres stimmen würden.

Man sieht: im Zeitraum von vier Wochen schon immerhin etwas. Es wird also nur an unseren Kollegen liegen, daß sie allen Bäckermeistern noch das volle Verständnis dafür beibringen, daß nicht nur ein verhältnismäßig, sondern ein ganzer, unversehrter Ruhetag in unserem Gewerbe durchführbar ist. Die Spandauer Forderung mit ihrer neunzehnstündigen Ruhe lehnen wir ebenso höflich wie bestimmt ab. Es würde ja den Herren gefallen, wenn sich die Arbeiter für solche bescheidenen Zugeständnisse erwärmten und diese Art „Sonntagsruhe“ hinnahmen. Den Gefallen werden sie ihnen nicht tun! Denn, wenn Dams und Genossen auch die gelbe Sippenschaft beschämt, welche sich bekanntlich in Hannover mit einer sechsunddreißigstündigen Ruhe unter Kuffhard begnügte, so werden die organisierten Kollegen sich dafür ganz gefälligst bedanken, in jeder Woche noch 17 Stunden ihrer Freizeit sich stehlen zu lassen. Aber sie erkennen aus allen Ausführungen, daß der Gedanke des Ruhetages marшиert, und rufen deshalb um so kräftiger: **Gerade mit dem sechsunddreißigstündigen Ruhetag, denn er gebührt uns von Rechts wegen!**

## Zur Reform der Arbeiterversicherung.

Die von dem Reichsamt des Innern einberufenen Sachverständigenkonferenzen, die über die verschiedenen Fragen der Reform der Arbeiterversicherung erörtert werden sollten, haben stattgefunden. Von Interesse für die Gewerkschaften sind besonders die Konferenzen über die Reform der Krankenversicherung vom 23. Oktober und über die Reform der Unfall- und Invalidenversicherung vom 27. Oktober 1908. Zur ersten genannten Konferenz waren Vertreter aller Rassenarten, und zwar sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitervertreter geladen. Die Zahl der letzteren betrug 15; außerdem waren ein Vertreter des Verbandes der Bureau- und Verwaltungsangestellten sowie einzelne Rassenangestellte geladen.

Schon die erste Frage: „Wie ist bei einer Reform die äußere Organisation zu gestalten?“ wurde scharf umstritten. Einmütigkeit herrschte nur bezüglich der Beseitigung der Gemeindeversicherung. Gegen die Vereinheitlichung und Zentralisation der Krankenkassenorganisation für den Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde, wie solche von den Vertretern der Ortskrankenkassen verlangt wurde, wehrten sich die Vertreter der Betriebsklassen, die lediglich Arbeitgebervertreter waren. Diese wollten die „uralte“ Form der Betriebsklassen, in denen die Arbeiter nichts in der Verwaltung zu sagen haben, nichts preisgeben. Kommerzienrat Wend-Altona, der als Vertreter der Betriebsklassen geladen war, erklärte sich als „Föderalist“ und gegen jede „Zentralisierung“, die der erste Schritt zur „Utopie“ einer „Reichsrankenkasse“ sei. Auch die Vertreter der Innungsklassen wollten die Eigenart ihrer Rassen spezie gewahrt wissen, fanden aber außerhalb ihrer Kreise keinen Anklang damit. Die Hilfskassenvertreter endlich wollten nur gemeinsam mit den Betriebsklassen das Feld räumen. Es dürfte also, abgesehen von der Beseitigung der Gemeindeversicherung und vielleicht der Innungskassen und der Schaffung einheitlicher Ortskrankenkassen, an der Rassenzersplitterung wenig geändert werden.

Die Frage: „Galbiete Beiträge, paritätische Vertretung und unparteiische Rassenvorsitzende“ war zur Beratung gestellt, um dem Drängen gewisser Kreise nach Einschränkung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen Raum zu geben. Das Reichsamt des Innern hatte wohl erwartet, daß bei dieser Aussprache alle die vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie produzierten Anklagen über „sozialdemokratische Rassenwirtschaft“, „Terrorismus“, „Parteilichkeit“ usw. ihre Befestigung finden und eine Art Strafgericht über die sozialdemokratischen Rassenmehrheiten hereinbrechen würde, den allgemeinen Wunsch auslösend, daß

diesem „Mißbrauch“ im Gesetzwege ein Ende gemacht werde. Zum wachsenden Erstaunen der Regierungvertreter erklärten aber selbst alle Sachverständigen aus Arbeitergelehrten, daß in den Ortskrankenkassen keinerlei Parteilichkeit getrieben werde, daß die Arbeitgeber sich bei der heutigen Vertretung nicht im geringsten majorisiert fühlen, sondern friedlich und einträchtig mit den Arbeitern zusammenwirken könnten. Alle diese wandten sich mit großer Schärfe gegen die Absicht, durch Verstärkung des Unternehmerelements und durch bürokratische Rassenvorsitzende die Selbstverwaltung der Arbeiter einzuschränken. Selbst Herr Wend-Altona sprach sich mit Genehmigung über die „seltsame Einmütigkeit in dieser Frage“ aus und forderte die Vertreter auf, auch weiterhin „gegen jedwede Bürokratisierung Front zu machen und an dem kostbaren Gute der Selbstverwaltung festzuhalten“. Einstimmig wurde dagegen die gesetzliche Einführung der Verhältniswahl befürwortet. Man kann sich die langen Gesichter der Herren Regierungvertreter sehr gut vorstellen, als der Vorsitzende der Konferenz schließlich verlegen erklären mußte: „Die Verhandlung in diesen Fragen habe wider Erwarten ein ganz anderes Meinungsbild bei den Arbeitgebern und Versicherten ergeben.“ Das hätte die Regierung eigentlich auch aus den Kundgebungen der Krankenkassenkongresse entnehmen können, deren Tagungen sie absichtlich fernblieb, deren Urteil jetzt aber durch die Meinungsäußerung einer sehr sorgfältig ausgewählten Sachverständigenkonferenz vollauf bestätigt wird.

Die dritte Frage: „Wie sind die Verhältnisse der Rassenbeamten zu regeln?“ ergab ebenso wenig Anhaltspunkte für „Mißbräuche sozialdemokratischer Rassenverwaltungen“. Man hatte sich sogar einen „nationalen“ Vertreter einer Rassenverwaltung aus Sachsen verschrieben, dessen Auftreten sehr wenig Beifall fand. Aber von den Mißbräuchen war nichts zu entdecken. Ein höherer Gemeindebeamter erklärte im Gegenteil, daß nach seiner langjährigen Beobachtung und Erfahrung bei der Auswahl anzustellender Personen keinerlei Mißbräuche oder Mißstände vorgekommen seien. Die Mehrzahl der Redner erklärte sich denn auch gegen gesetzliche Eingriffe in diese Angelegenheit und stimmte den Ausführungen des Vertreters des Verbandes der Bureau- und Verwaltungsangestellten zu, welcher darlegte, daß durch die zwischen den zuständigen Organisationen abgeschlossene Tarifgemeinschaft die Anstellungsverhältnisse der Beamten befriedigend geregelt seien. Ein gesetzlicher Eingriff in diese erfreuliche Entwicklung gefährde nur die Selbstverwaltung und ziehe die Gefahr der Bürokratisierung der Rassen und der Einstellung von Militärämtern nach sich.

Die letzte Frage: „Wie ist das Verfahren und der Instanzenzug in Streitfällen der Krankenversicherung zu gestalten?“ ergab völlige Uebereinstimmung der Sachverständigen, daß der gegenwärtige Instanzenzug unhaltbar sei. Die Entscheidungen der Aufsichtsbehörde müßten im Berufungsverfahren durch Schiedsgerichte geprüft und das Reichsversicherungsamt als Rekursinstanz eingesetzt werden, um eine einheitliche Rechtsprechung zu sichern.

Ergab sonach die Konferenz über die Reform der Krankenversicherung im allgemeinen das erfreuliche Resultat, daß die Selbstverwaltung sich durchaus bewährt hat und sowohl die Versicherten als auch die Arbeitgeber zu gemeinsamer Verteidigung dieses Palladiums einigte, so mußten in der Konferenz über die Reform der Unfall- und Invalidenversicherung die Meinungen um so scharfer aneinander geraten, da in diesen Versicherungszweigen von einer Selbstverwaltung der Arbeiter keine Rede sein kann. Das einleitende Referat des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg betonte die Notwendigkeit einer übersichtlichen Gestaltung der Arbeiterversicherung durch einen engeren, organischen Zusammenhang der Unfall- und Invalidenversicherung und Schaffung eines gemeinsamen Unterbaues für beide. Die sechs Fragen, die den Sachverständigen gestellt wurden, betrafen den gemeinsamen örtlichen Unterbau (Versicherungsämter), die Aufgaben des örtlichen Versicherungsamtes, die mittlere Instanz (Oberversicherungsamt) und die Entlastung des Reichsversicherungsamtes, Umgestaltung des Rentenfestsetzungsverfahrens in erster Instanz und Instanzenzug.

Die letztere Frage der Mitwirkung von Arbeitervertretern bei der erstmaligen Rentenfestsetzung war die umstrittenste, da die Arbeiterklasse heute von der ersten Rentenfestsetzung ausgeschlossen ist, die Berufsgenossenschaften aber jeden Versuch, diese Mitwirkung herbeizuführen, als Angriff auf ihre Selbstverwaltung juridisch weisen. Der bekannte Baurat Felsch erklärte sich gegen jede engere Verbindung von Unfall- und Invalidenversicherung, gegen jeden gemeinsamen Unterbau und gegen jede organische Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Wenn ein gemeinsamer Unterbau für die Kranken-, Invaliden- und Witwen- und Waisenversicherung notwendig werde, so wolle er dagegen nichts einwenden, nur die Unfallberufsgenossenschaften möge man in Ruhe lassen. Der Freiherr v. Thüngen sieht in diesen Reorganisationsbestrebungen nur ein Zugeständnis an die Sozialdemokratie, vor der die Regierung viel zu ängstlich sei. Solange die Arbeiter keine Beiträge zur Unfallversicherung zahlten, hätten sie auch kein Recht, mitzubestimmen. Ähnlich äußerten sich die übrigen Vertreter der Berufsgenossenschaften.

Die Arbeitervertreter befürworteten in sachlichen und sehr geschickten Ausführungen eine Vereinheitlichung und Verschmelzung der gesamten Arbeiterversicherung, die Einbeziehung des Handwerks, Erhöhung der Versicherungsgrenze sowie die Einsetzung von Rentenfestsetzungskommissionen und einheitliche paritätische Ueberwachungs- und Rechtsprechungsgorgane. Das Reichsversicherungsamt müsse oberste Rekursinstanz bleiben.

Nach reformfeindlicher als die Berufsgenossenschaftsvertreter traten eine Reihe von Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalten (Invalidenversicherung) auf, die teils jeder Reform abhold waren und teils jeder für sich einen anderen Reorganisationsplan in der Tasche hatten. Vergebens wies Herr v. Bethmann-Hollweg darauf hin, daß die Berufsgenossenschaften durchaus nicht degradieren werden sollten, ebensowenig die Landesversicherungsanstalten. Die Rentenfestsetzung sollte gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitern unter Leitung eines unparteiischen erfolgen. Wenn etwas Gutes erreicht werden



## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Zahlstelle München wurde auf ihren Antrag die Genehmigung dazu erteilt, pro Woche und Mitglied einen Extrabeitrag von 5  $\mathfrak{g}$  zu erheben. Der Einheitsbeitrag beträgt also in Zukunft in München pro Woche 55  $\mathfrak{g}$ .

Auf Antrag der Zahlstelle Frankfurt a. M. wurde auf Grund des § 8 des Statuts Gottlieb Schröter (Buch-Nr. 10 639) aus dem Verbandsverbande ausgeschlossen.

Die Verhandlungen mit den Vertretern des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine über die Gestaltung des neuen Tarifs sind nach zweiseitiger Dauer vertagt worden, nachdem nur einige unwesentliche Punkte erledigt und zu einer Einigung geführt hatten. Betreffend Löhne, Arbeit an Wochenfeiertagen, § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches und betreffs Ferien wird von unserem Verbandsverbande verlangt, weiteres Material zur Begründung unserer Forderungen herbeizuschaffen. Es sind deshalb an die Kollegen in den Konsum- und Genossenschaftsbädereien Fragebogen versandt worden mit dazu gehörigem Zirkular, und ersuchen wir dringend, dieselben sofort genau beantwortet wieder an den Vorstand einzusenden. Bis zum 24. Dezember müssen auf alle Fälle die Fragebogen wieder in Händen des Vorstandes sein!

Es liegt im eigenen Interesse unserer Mitglieder in den Konsum- und Genossenschaftsbädereien, daß sie dafür sorgen, daß der Vorstand recht bald in den Besitz des notwendigen Materials kommt, denn anfangs Januar sollen die Tarifverhandlungen fortgesetzt werden.

### Der Vorstand.

J. A.: D. Allmann, Vorsitzender.

### Quittung.

Vom 7. bis 13. Dezember gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat November: Zahlstelle Cottbus M. 28,80, Lübeck 129,30, Meuselwitz 44,50, Homburg v. d. H. 53,20, Gießen 18,50, Stuttgart 314, Rudolstadt 26, Grimmitzschau 38, Bremerhaven 81,10, Herford 277,05, Solingen 67,20, Nemscheid 32, Halle 183,50, Bremen 271,30, Bieren 32,60, Kaiserlautern 32,40, Rosenheim 169,50, Cassel 113,30, Gotha 53,20, Eberfeld 264,80, Mühlhausen 35,60, Colmar 26,40, Harburg 91,50, Braunschweig 195,70, Langermünde 31,80, Hildesheim 24, Dessau 65,70, Gera 95,40, Zeitz 140,40, Hof 23,80, Landshut 200,20, Regensburg 190,70, Viefelsfeld 162,50, Cöln 306, Dresden 209,50, Dortmund 105,85, Karlsruhe 44, Freiburg 106, Mainz 194,10, Wiesbaden 195,30, Weß 40,40, Chemnitz 131,10, Mannheim 501.

Für Oktober und November: Waldenburg M. 30,06.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: H. F. Heeren M. 5, M. S. Reuth 5, B. G. Delsing 18, G. G. Paris 8, R. K. Kronach 5, H. V. Landsberg 31,50, W. K. Bunnöbbera 4, B. B. Marienborner 7.

Für Abonnements und Annoncen: Zentral-Krankenkasse Halle M. 9,30, Zentral-Krankenkasse Mainz 4,80, Zentral-Krankenkasse Eberfeld 4,80, Zahlstelle Rudolstadt —,80, Zahlstelle Solingen 3, H. S. Charlottenburg 1,50.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

### Sterbetafel.

Berlin. August Gluth, 24 Jahre alt, am 7. Dezember gestorben.

Magdeburg. Hermann Ziegler, Konditor, 20 Jahre alt, am 14. Dezember gestorben.

Nürnberg. Martin Markert, 32 Jahre alt, am 7. Dezember gestorben.

St. Johann-Völklingen. August Fillmann am 9. Dezember gestorben.

Ehre ihrem Andenken!

### Aus der Konditorei-

### Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Die größten Käiber wählen ihren Weg selber. Daß im Münchener Rathhaus gar niemand sitzt, der für die Schmerzen der süßen Zünftler das nötige Verständnis hat, sagt an dem Herzen unserer Herren Süßmeier schon lange. Nun sollten die Gemeindeväter diesem schreienden Uebel abhelfen, weshalb die „M. K.-Ztg.“ einen Wahlauftrag erließ und die bewährten Bürger und Zuckerbäcker Otto Hofmann und Hans Müller als Kandidaten der Wirtschaftlichen Vereinigung präsentierte. Da nun die Wähler für das Bündnis der Hausquartier mit den Mittelständlern dummerweise kein Verständnis hatten, so sind die beiden Süßen und die „M. K.-Ztg.“ mit ihren Hoffnungen ausgerückt und nur einer von der Kunst der notleidenden Hausbesitzer kam mit Ach und Krach und dank der Verhältniswahl durch. Der mit süßer Hilfe Gewählte wird nun wohl in dankbarer Anerkennung dafür wirken, daß die Läden- und Wohnungsmietpreise der Konditormeister eine wesentliche Erleichterung erfahren — oder das Gegenteil. Die gleiche Schläue bewiesen sie auch zur Zeit der Vollerhöhungen und stimmten in der Oberbayerischen Handwerkerkammer für die ermäßigten

Bölle. Nun sie die Beförderung sehr fühlbar spüren, jammert und flennt man über die Preissteigerung aller Rohprodukte. Das Pulver haben unsere Süßmeier nicht erfunden — geschieht ihnen aber gerade recht!

Aus Furcht vor der in der Fabrikordnung angedrohten Strafe in den Tod gedrungen. Vor kurzer Zeit hatte ein junges Mädchen der Firma Dehmig-Weidlich, Zuckerverfabrik in Zeitz, ein Stückchen Schokolade im Werte von 10  $\mathfrak{g}$  in ein Paket, in welchem es Leberreste von Brot mit nach Hause nehmen wollte, getan. Eine Kollegin mußte darum und meldete es der Direktrice. Die „Diebin“, das einzige Kind der Eltern, nahm sich darauf im Leide des Heimatdorfes das Leben.

Zu dem erschütternden Vorfall hat in Zeitz eine vom Gewerkschaftsamt einberufene Versammlung am 7. Dezember Stellung genommen. Uns wird darüber berichtet: Genosse Gerhardt ging in seinem Referate mit der Firma scharf ins Gericht. Er betonte vor allem, daß das unwürdige Arbeitssystem bei der Firma schuld daran sei, daß ein junges Menschenleben vernichtet wurde. Nicht die Angeberin sei schuld an dem Vorfall, sondern das fluchwürdige System, nach welchem bei der Firma Spitzel und Denunzianten gezüchtet würden. Wenn auch die Firma derartige Wirkungen nicht gewollt, so müsse doch verlangt werden, daß sich deren Inhaber der Tragweite ihrer Erlasse und Reglementierung bewußt werden. Das unwürdige Arbeitsverhältnis komme jedoch nur daher, daß die Firma Dehmig-Weidlich in jedem Arbeiter und Arbeiterin einen Spitzbuben sähe. Die Arbeiter würden nicht als ehrliche Leute, sondern als verfluchte Arbeitstiere angesehen, und da sei es denn kein Wunder, wenn sich solche Folgen zeigten. Und wenn es wahr sei, wie ihm gemeldet wurde, daß Angeberin noch unter einem gewissen Druce gehandelt habe, entweder zur Denunziantin zu werden oder bei dessen Weigerung in den Verdacht der Mitwisserschaft zu kommen, dann sei die Tat des jungen Mädchens zu verstehen. Dann falle die ganze Tragweite der Schuld einzig auf die Firma zurück. Wie raffiniert und lächerlich zugleich die Reglementierung sei, gehe aus der Fabrikordnung hervor. Und neben derselben gebe es auch noch Sonderbestimmungen. In bezug auf den vorliegenden Fall sei folgender Erlass maßgebend:

### Bekanntmachung.

Jeder in meiner Fabrik beschäftigte Arbeiter oder Arbeiterin hat sich beim Verlassen der Arbeit einer, wenn nötig, gründlichen Leibesvisitation durch dazu von mir beauftragte Personen zu unterziehen.

Jeder Arbeiter und Arbeiterin ist verpflichtet, den Arbeitgeber oder dessen Bevollmächtigten von etwaiger Veruntreuung sofort in Kenntnis zu setzen, und zieht Verschweigung oder Verheimlichung die Strafe der Mitwisserschaft nach sich.

Jede Unehrllichkeit wird ohne Ansehen der Person zur gerichtlichen Verurteilung angezeigt. Diejenigen, welche Veranlassung zur Entdeckung einer Unehrllichkeit gaben, so daß der Angeklagte überführt wird, erhalten von mir als geschäftliche Anerkennung eine Prämie von M 10 für jeden Fall.

Ueberhaupt liegt es im Interesse eines ehrenhaften Arbeiterstandes, unehrliche Personen in seiner Mitte nicht zu dulden.

Zeitz, im November 1902.

E. G. Dehmig-Weidlich.

Diese Bekanntmachung sei für unreife Personen geradezu verderblich. Die Fabrikordnung im Verein mit solchen Bestimmungen und noch dazu die unwürdige Behandlung von Seiten der Beamten gebe ein Bild des Entsetzens. So bestreife die Firma jede Kleinigkeit mit 10 bis 50  $\mathfrak{g}$ . Jedes zweite Wort heißt: „gerichtliche Bestrafung“, „sofortige Entlassung“, „Abzug des halben Tagesverdienstes“ usw. Wenn einzelne Beamte sich nicht einschließen könnten, mit Arbeitern anständig zu verfahren, so sei es an der Zeit, diese Leute zu erziehen. Hier helfe nur die Organisation. Wie ein Blitzstrahl in finsterner Nacht urplötzlich alles beleuchte, so habe auch dieser Selbstmord mit jährender Deutlichkeit die Verhältnisse in der Firma Dehmig-Weidlich grell beleuchtet, und wenn die Firma noch einer Einkehr fähig sei, so müsse sie dieser Fall dazu bewegen. Andere Firmen ohne Straffsystem florieren, warum geht es bei dieser Firma nicht? Wollte diese nicht hören, nun, so müsse die Arbeiterschaft handeln.

Lauter Beifall belohnte den Redner für seine Ausführungen. Bezeichnend für einen Teil der Besucher (wohl alle Beamten und alles Kontorpersonal war anwesend) war es, als der Redner die Anwesenden ersuchte, sich zum Andenken ihrer Kollegin, welche in den Tod getrieben wurde, sich von den Plätzen zu erheben, einige besonders fest saßen, ja einer dem überhaupt nicht nachkam. — In der Diskussion nahm zunächst das junge Mädchen das Wort, welches die Meldung gemacht hat. Nach seiner Darstellung wäre es von einer Direktrice beauftragt worden, aufzupassen, wer das versteckte (!) Stück Schokolade holen werde.

Durch direkte Befragung wurde festgestellt, daß die Firma sich nicht geschämt hat, dieser Arbeiterin das Judasgeld von M 10 anzubieten, nachdem der Firma bekannt war, daß die Angeberei den Selbstmord des unglücklichen Opfers nach sich gezogen hatte. Das junge Mädchen hat jedoch den Judaslohn abgelehnt. Ferner nahm dann noch ein Beamter Bernide das Wort und erklärte, in seinem Ressort ging es anständig zu, er gebrauchte beleidigende Worte gegenüber Untergebenen nicht, was ihm wohl bestätigt werden könne. In bezug auf die Fabrikordnung müsse doch wohl gesagt werden, daß diese meist nur als Schreckschuß gedacht sei und nur in ganz vereinzelten Fällen (die dann aber schlimm genug auslaufen!) gehandhabt würde.

Hier wurde sofort entgegnet, daß dem nicht so sein könne, da ja die Tatsachen das Gegenteil beweisen. Die Anbiederung der M 10 beweise, daß es der Firma ernst sei mit der Durchführung auch der kleinsten Bestimmungen

ihrer sogenannten Fabrikordnung. Schließlich trat noch ein Angestellter auf, und sagte, daß es doch nicht schlimm sei, wenn der Meister böse Worte gebrauchte. Wenn ein Mädchen renitent sei oder nicht gehorche, so würde er auch Dreckschwein und Saumenisch sagen! Dieser treffliche Herr wurde vom Genossen Gerhardt abgetan. Des weiteren sprachen noch die Genossen Kreischar und Klemming im Sinne des Referenten.

Noch lange nach Schluß standen einzelne Gruppen erregt debattierend zusammen. Es wurden auch Stimmen laut, daß das Mädchen, welches die Angaben gemacht habe, nicht ganz die Wahrheit berichtet habe, doch kann damit nicht gerechnet werden, da niemand den Mut hatte, öffentlich das Gegenteil zu beweisen. Möge nun wenigstens aus diesem traurigen Vorfall die Arbeiterschaft ihre Lehren ziehen und durch eine starke Organisation dafür sorgen, daß solche entwürdigende Bestimmungen aus den Arbeitsordnungen verschwinden!

### Vorsicht beim Engagement nach Norwegen.

Unter dieser Epigramme brachten wir in Nummer 37 unseres Organs über angebliche Zustände einer Firma in Bergen Mitteilungen, welche dann in Nr. 45 seitens der dortigen Organisationsleitung eine Berichtigung in bezug auf das geschilderte Verhalten eines Kollegen erfuhr. Von einem anderen Kollegen, dessen Verhalten gleichfalls in jenem Artikel angegriffen worden war, enthielt diese Berichtigung aber nichts. Wir konnten unsere Behauptungen bezüglich des letzteren demnach nur aufrecht erhalten. Inzwischen sind uns jedoch mehrere Zuschriften von Kollegen, die wir persönlich kennen und deren Zuberlässigkeit ohne Zweifel ist, zugegangen, welche auch den zweiten Kollegen als zu Unrecht angegriffen hinstellen und die ganzen Verhältnisse in dem fraglichen Betriebe in einem viel besseren Lichte zeigen, als es unser erster Berichterstatter getan hat. Letzterem wird ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt. Wenn wir demnach irreführt worden sind und erst jetzt klarer sehen, so lag dies aber vor allen Dingen daran, daß die Kollegen — es arbeiten dort stets eine größere Anzahl Deutsche, welche unsere Organisation hier im Lande ganz genau kennen — mit uns keine bleibende Verbindung aufrecht erhalten, und ferner daran, daß die Organisation am Orte auch in ihrer Berichtigung eine völlige Klarstellung unterließ. Hoffentlich ergibt sich aus diesen Vorformnissen für die Zukunft eine bessere gegenseitige Verbindung!

Nachdem obiger Satz bereits im Druck lag, erhalten wir noch eine Zuschrift von der Betriebsleitung selber, in welcher sie sich gleichfalls gegen die Behauptungen unseres ersten Berichterstatters verwahrt und die angegriffenen Kollegen verteidigt. Da wir in dem oben Gesagten bereits die früheren Mitteilungen richtig gestellt haben, erübrigt es sich, darauf einzugehen.

### Badmeistertagung.

Wir erhalten von einem Badmeister folgende Zuschrift, welcher wir gern Raum gewähren, obgleich wir mit ihrem Inhalt nicht in allen Punkten einverstanden sind.

Badmeistertagung! Etwas, was man in der deutschen Bäckerbewegung fast noch gar nicht gehört hat. Man sollte schon auf den Gedanken kommen, als ob überhaupt nur ein ganz kleiner Bruchteil der Genossenschaftsbadmeister und der Badmeister überhaupt organisiert wäre. Von den Badmeistern der privaten Brotfabriken kann man das schon annehmen, diese Kollegen sind aber auch ohnedies schon besser gestellt als der größte Teil der Badmeister der Konsum- und Genossenschaftsbädereien. Sonst hat man sich auf den Verbandstagen und auch in unserer Fachpresse noch sehr wenig mit den Badmeistern beschäftigt, obwohl dieselben in den Deutschen Bäcker- und Konditorenverband mit Freuden aufgenommen werden. Bei den in diesem Jahre stattgefundenen Konferenzen der Genossenschaftsbäcker hat man sich auch teilweise mit der tariflichen Lohnfestsetzung der Badmeister beschäftigt. Es ist mir da unwillkürlich der Gedanke aufgestiegen, als ob die Badmeister selbst nicht im stände wären, ihre Interessen zu vertreten. Nun lese ich erfreulicherweise von einer Konferenz der Genossenschaftsbadmeister vom Gau Sachsen und Thüringen, welche sich angeblich mit der vom Hauptvorstande aufgestellten Badmeisterskala eingehend beschäftigt hat. Von einer Zustimmung zu dieser fraglichen Skala kann aber doch gar keine Rede sein, da diese Lohnskala in gar keiner Weise Verbesserungen bringt, sondern merkwürdige Verschlechterungen. Die dort gefasste Resolution besagt allerdings wieder etwas anderes, und erweckt zugleich den Anschein, als ob die Kollegen in Jena sich nicht recht herausgetrauten mit der Sprache. Der weitere Beschluß betreffs Abhaltung einer Hauptkonferenz, welche in Leipzig tagen soll, ist nur begrüßenswert. Nur fragt es sich, wer die Mittel zu dieser Konferenz aufbringen soll. Der Hauptvorstand wird schwer zu bewegen sein. Vielleicht die Mitglieder? Auf eigene Kosten; davon verspreche ich mir nichts ganzes. Denn es ist mir nicht nur darum zu tun, lange Reden zu halten, sondern Hauptsache ist, der Kollegen allerorts ihre Meinung zu hören. Wie wäre es, wenn z. B. der Hauptvorstand zu jedem Verbandstag vielleicht von jedem Gau einen Badmeister mit zu den Verhandlungen zuziehen oder dem Verbandstag eine solche Konferenz vorausschicken würde. Ich nehme an, daß diese Anregung von allen anderen Kollegen gewürdigt wird und sie sich ebenfalls zu dieser Frage äußern.

Nun zur Kündigung und den Entlassungsgründen. Mit der zur Zeit bestehenden Tarifbestimmung betreffs Kündigung der Badmeister glaube ich, daß alle Kollegen damit einverstanden sein können. Darüber ist weiter kein Wort zu verlieren. Aber mit der Stellungnahme des Schiedsgerichts bezüglich der Entlassung des Kollegen G. in Leipzig-Eutritzsch kann doch kein denkender Mensch einverstanden sein. Zum allermindesten muß vom Schiedsgericht ein solcher Fall untersucht werden, und zwar unter Zugiehung von Fachleuten.

Auf dem Eisenacher Verbandstag sagte der Genosse b. Elm bei der Berichterstattung über das Schiedsgericht



in seinem Schlusssatz: „Gleiches Recht für alle. Die Konsumvereine hätten dann auch das Recht des Schiedsgerichts in Anspruch zu nehmen, wenn ein Angestellter die Stellung kündigt.“ — Es ist aber doch ein haushoher Unterschied zwischen einer Kündigung seitens des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers.

Die Sache des Kollegen S. will ich nicht weiter untersuchen. Aber betrachten wir uns die Sache einmal im allgemeinen. Alle Kollegen und auch die sämtlichen Verwaltungsmitglieder der Konsum- und Genossenschaftsbäcker wissen, daß ein Badmeister ohne gute Zeugnisse und Referenzen nicht so leicht wieder Stellung bekommen kann. Aber dennoch werden oft Kollegen entlassen aus ganz geringfügigen Umständen. Als Entlassungsgrund wird vielfach Unfähigkeit angegeben. Ich bitte nun, einmal zu untersuchen, welche Personen über die Fähigkeit oder Unfähigkeit eines Kollegen urteilen. Nichtschlechte sind es, und diese bestimmen dann über die fernere Existenz oder besser Nichtexistenz eines Badmeisters. Ich könnte an dieser Stelle auch gleich ganz praktische Winke geben, aber ich will nicht zuweit vorgreifen und der demnächst stattfindenden Badmeisterkonferenz das Material zur Beratung überlassen. Verhandlungstoff gibt es übergenug, wenn die Frage des Zustandekommens erledigt ist.

## Parlamentarisches.

Der Reichstag hat in den letzten Sitzungen — jetzt ist er in die Weihnachtsferien gegangen — sich mit dem Etat und der dritten Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle beschäftigt. Die Spannung, mit welcher sonst die Debatte über den Etat erwartet wurde, war diesmal keine große, weil über das Gesamtbild der politischen Lage nicht mehr viel zu reden war, nachdem die langen Auseinandersetzungen gelegentlich der Beratung der Finanzreform und des Kaiserinterviews einen wesentlichen Teil dessen, was sonst bei dem Etat gesagt zu werden pflegt, vorausgenommen hatten.

In seiner Einleitungsrede wollte der Reichschatzsekretär dem hohen Hause glauben machen, daß das von Bülow geprägte Sparprinzip bereits in der Haushaltsrechnung zum Leben gekommen sei; er fand aber größtenteils ungläubige Zuhörer. Neben dem Zentrumspräsidenten waren es auch einmal wieder die Konservativen, welche in ihren Reden, im Gegensatz zu den Nationalliberalen, in der Reichspolitik manches fanden, was ihnen nicht gefällt, unter anderem die immer schnellere Steigerung der Ausgaben für die Flotte. Mindestens wollen sie auch noch mehr Vorteile, wenn dort mehr verwendet werden soll. Der Nationalliberale Wassermann fand aber alles in schönster Ordnung, und von einer Einschränkung im Militär-, Marine- und Kolonialetat wollte er nichts wissen, empfahl vielmehr zu allem übrigen eine kräftige Förderung der Luftflotte! Er hält es für Unsinn, wenn andere Staaten in einem solchen wahrwichtigen Treiben eine Gefahr und Drohung für sich erblicken. Im großen Ganzen hatten aber alle Parteien einschließlich der Freisinnigen und Demokraten wesentliche Ausstellungen an der Vorlage nicht zu machen, und eine „gründliche Prüfung“ war das Schlimmste, was einzelne der Regierung androhten. Jede Partei fürchtet eben, mit derselben in ernstlichen Konflikt zu geraten und ihren Forderungen von vornherein ein „Niemals!“ entgegenzusetzen. Um so entschiedener mußte Genosse Scheidemann die einzelnen Punkte des ganzen Etats einer Kritik unterziehen. Er zeigte, wie geschickt der Reichschatzsekretär seine Rechnung frisiert hatte, um sie so günstig wie möglich erscheinen zu lassen, und konnte nur der Erhöhung des Soldes für die Soldaten Geschmach abgewinnen. Einzelne wollte er die Vorgänge der inneren und äußeren Politik unbarmherzig auf und lehnte es namens der sozialdemokratischen Fraktion ab, einer Regierung, die in letzter Zeit ganz besonders Blamagen auf Blamagen häufte, diesen Dreimilliardenetat zu bewilligen.

Der Reichszankler suchte in seiner Rede — freilich offenbar in etwas bedrückter Stimmung — die Maßnahmen der deutschen Diplomatie, die uns in den letzten Monaten bald in leichtfertiger Weise in einen Krieg mit Frankreich verwickelt hätte und ringsum uns mehr oder weniger Feinde schaffte, zu verteidigen. Als er aber überall nur gute Erfolge seiner Tätigkeit herausstellte, erregte dies doch fast ungeteilte Selbsteitelung. Erwähnenswert ist aus den Verhandlungen für uns noch, daß sich Gelegenheit fand, die Handhabung des Vereinigesehes nochmals zu erörtern. Der freisinnige Abgeordnete Gothein hatte bekanntlich vor kurzem erklärt, daß er und ein Teil seiner Fraktionsgenossen nicht für das Reichsvereingesehes gestimmt haben würden, wenn sie gewußt hätten, daß man die polnischen Gewerkschaften jetzt ohne weiteres mit unter den Sprachenparagrafen stelle. Sie wären seinerzeit durch die Erläuterungen des Staatssekretärs irreführt worden. Dieser verwahrte sich nun gegen eine beabsichtigte Zerschlagung und konnte sich auf andere Freisinnigen berufen, welche sich über die Tragweite des Sprachenparagrafen sehr wohl im klaren gewesen wären. Es ergab sich also, daß Regierung und Mehrzahl der Freisinnigen darin einig sind, daß die Polen milderer Rechte teilhaftig sein sollen als die anderen Arbeiter. Ledebour hatte nicht loder gelassen, und nach wiederholten Anzuspaltungen mußten die Herren ihr wahres Gesicht zeigen.

Der Etat wurde schließlich einer Kommission überwiesen.

Die dritte Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung hat doch noch einige Verschlechterungen, aber leider keine weiteren Verbesserungen gebracht. Die sozialdemokratische Fraktion hatte zu dieser Lesung den Antrag gestellt, die Sonnabendarbeit für Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu versehen haben, auf sieben Stunden festzusetzen. In der zweiten Lesung waren sechs Stunden beantragt; diesmal, zur Vermittlung, wurde also nur eine Stunde weniger Arbeitszeit verlangt als für die anderen Arbeiterinnen. Aber auch diese geringe Forderung fiel glatt gegen die Stimmen der Antragsteller; dagegen wurde ein Antrag der bürgerlichen Parteien zur Annahme gebracht, nach welchem die in der zweiten Lesung beschlossene zusätzliche Zeit für Ueberstunden nicht nur für 40 Tage im Jahre gestattet werden solle, sondern für 50, wenn die durchschnittliche Arbeitsdauer zehn Stunden nicht

übersteigt. Das ist im Grunde genommen noch eine Verschlechterung gegen das jetzt geltende Gesetz. Außerdem wurde noch die Bestimmung getroffen, daß die Verbote, betreffend Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Bergwerken über Tage, Kohleminen und Bauten, erst am 1. April 1915 in Kraft treten sollen.

Die Sozialdemokraten hatten in der Schlussabstimmung für die ganze Novelle gestimmt, da sie immerhin einige Verbesserungen bringt.

Wir werden die nunmehr gültigen Bestimmungen gelegentlich noch einmal im Zusammenhange bringen.

Der Zustand, daß vorübergehend gewährte Armenunterstützung den Verlust des Wahlrechts oder anderer bürgerlicher Rechte im Gefolge hat, soll durch einen dem Deutschen Reichstag zugegangenen Gesetzentwurf beseitigt werden.

## Berichte aus den Mitgliedschaften.

**Breslau.** Eine Arbeitslosenversammlung für Bäder fand am 8. Dezember hier statt. Bezirksleiter Winger sprach über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die ungerechte Arbeitsvermittlung. Redner wies darauf hin, daß es eigentlich Sache des Gefellenausschusses wäre, die Rechte der arbeitslosen Kollegen gegenüber der Innung zu wahren, aber leider wäre von dem Gefellenausschuss nur dann etwas zu hören, wenn es hieße, gemeinsam mit den Meistern, die Bädereffekten zu entrechten. Winger ging dann kurz auf die augenblickliche Krise ein, kam aber zu dem Schluß, daß hier die Hauptursache der großen Arbeitslosigkeit in der übergroßen Lehrlingszuchterei zu suchen sei. Die hiesigen Bädermeister stellen so viel Lehrlinge ein, wie sie bekommen, manchmal bis zu sieben Lehrlingen neben zwei bis drei Gefellen. Mancher Meister hat drei bis vier Lehrlinge, ohne einen einzigen Gefellen zu beschäftigen! Durch diese Lehrlingszuchterei hätten es die Meister zuwege gebracht, daß hier in Breslau und Schlesien in drei Jahren sämtliche Bädereffekten durch „Ausgelernte“ ersetzt seien. Sonach wäre jeder 20-21jährige Bädereffekte überflüssig und vermehrte somit das Heer der Arbeitslosen. Die Absicht der Bädermeister ginge ja auch dahin, sich eine große Zahl Arbeitsloser zu halten. Die Folgen dieser großen Arbeitslosigkeit machen sich denn auch in erschreckender Weise bemerkbar: schlechte Behandlung, Lohnabzug und großer Stellenwechsel sei die Folge. Sobann unterzog Winger den Arbeitsnachweis der hiesigen Bäderinnung einer scharfen Kritik. Die guten Stellen lämen nicht einmal zum Arbeitsnachweis, sondern würden unter der Hand vermittelt. Im Gefangenenheim „Kondordia“, wo sich ein Teil „Meistertreue“ neben einigen Meistern zusammengefunden hätten, würden ebenfalls Stellen vermittelt. Außerdem würden auf dem Arbeitsnachweis der Innung die Mitglieder des katholischen Gefellensvereins bevorzugt. In der hierauf folgenden Diskussion kamen noch mehrere Mißstände ans Tageslicht, als Folge der oben geschilderten Arbeitslosigkeit. Winger schilderte noch einen drastischen Fall, der ihm kürzlich gemeldet sei. Es sei dies bei dem Bädermeister Garboß am Waterlooplatz. Der Herr habe für den zweiten Gefellenposten immer  $\text{M} 11$  pro Woche bezahlt, habe aber vor einigen Wochen diesen Gefellen entlassen und einen anderen für  $\text{M} 8$  pro Woche eingestellt. Auch diesen habe er nach kurzer Zeit wieder entlassen, und dessen Nachfolger bloß  $\text{M} 7$  pro Woche gezahlt. Nach einigen Tagen habe er auch diesen Sieben-Mark-Gefellen entlassen und einen anderen eingestellt. Dieser Gefelle blieb aber gar keine Woche dort, denn er hatte keine Lust, in einer solchen Bude zu arbeiten. Die Betten, welche vor Schmutz starrten, seien dort bei dem großen Gefellenwechsel nicht mit reiner Wäsche versehen. Als dieser Bäder den Herrn Garboß auf die Schmutzbetten aufmerksam machte, erklärte dieser: „Wenn Ihnen das nicht paßt, dann können Sie ja in einem Hotel schlafen.“ Die gesetzliche Arbeitszeit wird bei diesem Herrn auch nicht eingehalten. Winger ersuchte die Anwesenden, alle Mißstände und Gesetzesübertretungen der Organisationsleitung zu melden, damit Anzeige erstattet würde. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die versammelten arbeitslosen Bädereffekten Breslaus protestieren gegen die hauptsächlich durch übergroße Lehrlingszuchterei herbeigeführte Arbeitslosigkeit und geben der Erwartung Ausdruck, daß bald auf behördlichem oder gesetzlichem Wege den Bädermeistern eine Beschränkung der Zahl der Lehrlinge auferlegt wird. Die Versammlung protestiert ferner gegen die ungerechte Arbeitsvermittlung seitens des hiesigen Innungsnachweises und ersucht die Behörde, gegen diese Ungerechtheit vorzugehen und eventuell den Arbeitsnachweis in städtische Regie zu nehmen. Die Versammlung ersucht ferner das hiesige Polizeipräsidium, gegen die vor Weihnachten allgemein übliche, überlange Arbeitszeit der Gefellen und Lehrlinge einzuschreiten, damit die Bädermeister veranlaßt werden, für die vorhandene Mehrarbeit Arbeitslose einzustellen.“

**Dresden.** (Sektion der Fabrikbranche.) Die am 14. November stattgefundene Mitgliederversammlung war sehr schlecht besucht, so daß der Vortrag: „Die wirtschaftliche Krise und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft“ ausfallen mußte. Die Versammlung beschäftigte sich dann eingehend mit der Frage des paritätischen Arbeitsnachweises, welche von der Kreishehmannschaft am 1. Januar 1909 ins Leben gerufen wird und stimmte dem Vorschlag, diesem Arbeitsnachweisverband als korporatives Mitglied mit einem Jahresbeitrag von  $\text{M} 10$  beizutreten, einstimmig zu. Ferner wird dem Vorschlag der Verwaltung betreffs Wahl einer Kommission zur Vorbereitung der Vorstandswahlen, zugestimmt. Kollege Birnstein beantragt, öffentliche Versammlungen in der Parteipresse zu infizieren. Da sowieso bei öffentlichen Versammlungen vor allen Fabriken Handzettel verteilt werden, wird diese Ausgabe von verschiedenen Seiten als nicht unbedingt nötig angesehen. Der Antrag findet aber die nötige Mehrheit. An der Haltung unserer Zeitung wird insofern Kritik geübt, als selbige zu wenig aus der Fabrikbranche bringt. Kollege Rehmann versichert, daß er die Wünsche der Kollegen dem Redakteur übermitteln werde. Zum Schluß werden noch in letzter Zeit erfolgte Klagen vor dem Gewerbegericht besprochen, die mit sichtlichem Interesse verfolgt wurden. Öffentlich ist die nächste Versammlung besser besucht, was sehr zu wünschen wäre.

**Anmerkung der Redaktion.** Wenn die Mitarbeit für das Organ seitens der Kollegen und Kolleginnen der Fabrikbranche auch in Zukunft eine so mangelhafte bleibt wie bisher, so wird diese Kritik leider wenig nützen, da m. E. die gerügten Mängel nicht in der Schuld der Redaktion liegen. Dieselbe hat die allgemeine Lage der Arbeiterschaft in den Fabrikbetrieben unseres Erachtens so oft und so eingehend wie möglich beleuchtet. Was unserem Organ allerdings fehlt, ist eine bessere Berichterstattung und detaillierte Behandlung der Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Betriebsorten. Es gibt eine ganze Reihe von Städten, in denen unsere Branche reichlich vertreten ist und aus denen trotz Anregung und direkter Aufforderung bisher gar keine, oder nur unzureichende Korrespondenzen eingelaufen sind. Gerade für diese aktuellen und agitatorisch am besten wirkenden Stoffe müssen doch erst die Mitglieder der Redaktion das Material zutragen! Hier aber lassen es gerade die direkt interessierten Kollegen und Kolleginnen am meisten fehlen. Das wenige, was in dieser Beziehung bisher gebracht wurde, ist zum Teil noch von Bädern herbeigetragen worden, beispielsweise auch aus Dresden, welches angeht seiner großartigen Industrie mit ganz anderem Material aufwarten müßte, als es tatsächlich der Fall ist. Wenn in dieser Beziehung jetzt allerorten eine Veränderung eintritt, wird es von der Redaktion nur begrüßt werden.

**Erfurt.** Sonntag, den 6. Dezember fand eine Mitgliederversammlung im „König von Preußen“ statt, leider war sie schlecht besucht. Kollege Schöne gab Bericht von der Kartellstiftung. Zum Punkt „Verschiedenes“ mißbilligte er die Versammlungsgewinnerei und die ewige Bummelerei bei Verbandsarbeiten in bezug auf Hausagitation und Aufnahme von Statistiken. Er müsse sich immer vom Hauptortstand anempfehlen lassen, und könne doch die Arbeiten nicht allein bewältigen; das müßte nun einmal aufhören. Salbe Arbeit dürften wir nicht abliefern, es müsse sich also ein jeder Kollege an den Arbeiten und der Agitation beteiligen. Nur dann könnten wir auf einen Sieg rechnen. (Nachschrift des Einfinders: Kollegen! Nun auf zur Arbeit! Müßt die Wintermonate aus und zeigt, daß Ihr gewillt seid, auch in Erfurt halb bessere Zustände zu schaffen.)

**Hamburg-Altona.** Eine außerordentliche Generalversammlung der Mitgliedschaft beschloß am 6. Dezember die Erhebung von zwei Extrabeiträgen von je 50  $\text{M}$  von den männlichen Mitgliedern. Hierauf akzeptierte die Versammlung den ihr gemachten Vorschlag, betreffend unser Finanzverhältnis zum Gewerkschaftshaus: Erhöhung des Stammtapitals und Zahlung einer Extrsteuer. Ferner wurde noch ein Regulativ für den Arbeitsnachweis mit einigen Abänderungen des vorgelegten Entwurfs gutgeheißen.

**Hof i. B.** Am 6. d. M. fand hier die erste Generalversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht, welchen Kollege Klug gab, ist zu entnehmen, daß wir auch in Hof einen Schritt vorwärts gekommen sind. Aus der Neuwahl sind folgende Kollegen hervorgegangen: Ott, erster Vorsitzender; Klug, zweiter Vorsitzender; Brehm, Kassierer; Jasp, Schriftführer, und als Revisoren die Kollegen Frisch und Höllering. Zum Schluß wurden einige Kollegen aufgenommen.

**Vegeßack.** Die hiesige Zahlstelle hielt am 6. Dezember ihre Monatsversammlung ab, welche sehr gut besucht war und einen sehr anregenden Verlauf nahm. Die Tagesordnung lautete: „Ist es zweckmäßig, für Vegeßack und Umgebung eine eigene Mitgliedschaft zu gründen?“ Als Referent war Kollege Raffen aus Bremen erschienen. Einige Kollegen waren für eine Gründung, einige gegen eine solche. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in welcher die Zahlstelle Vegeßack den Vorstand der Mitgliedschaft Bremen beauftragt, unter Mitwirkung der übrigen Zahlstellen (Vegeßack, Delmerhorst und Verden) ein Ortsstatut auszuarbeiten und es der Generalversammlung zur Beschlußfassung zur unterbreiten. Der Vorsitzende forderte die Kollegen der gewählten Agitationskommission noch auf, alles daran zu setzen, daß die uns noch fernstehenden Kollegen dem Verbands gewonnen würden. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

## Öffentliche Versammlungen zum Zwecke der Erämpfung eines wöchentlichen Ruhetages.

**Wodum.** Am 13. Dezember fand hier eine öffentliche Bäder- und Konditorenversammlung statt, welche sich mit dem Ruhetag beschäftigte. Referent war der Arbeitersekretär. Seine Ausführungen fanden großen Beifall, zumal in Wodum des Sonntags noch vielfach gearbeitet wird. Die Resolution wurde angenommen. Bemerkenswert ist, daß ein kleines Häuflein Christlicher ebenso geschlossen dagegen stimmte wie ein Teil der Gelben. In der Diskussion wurde ihnen von verschiedenen Kollegen tüchtig die Wahrheit gesagt und zogen sie nach Schluß der Versammlung wie begoffene Pudel von dannen.

**Braunschweig.** Am 2. Dezember fand hier eine gut besuchte Versammlung in Stegers Bierpalast, Stobenstraße, statt, welche sich mit der Tagesordnung „Heraus mit dem 36stündigen Ruhetag“ beschäftigte. Arbeitersekretär Vogler war als Referent erschienen, und derselbe verstand es ausgezeichnet, die Nachteile des Rost- und Logiszwanges zu beleuchten. Nachdem der Referent noch einen Maßstab an den Gesundheitsbericht der verschiedensten Berufe gelegt hatte, führte er aus, daß auch da die Bäder und Konditoren am schlechtesten mit abschnitten. Auch dieses sei auf die lange Arbeitszeit einerseits, andererseits auf die ungenügende Ernährung zurückzuführen. Nachdem noch die Brutalität eines Bädermeisters, Stollenberg, welcher seinen Lehrling beim Baden, als er nicht gleich aufstehen konnte, so schlug, daß die Nase blutete, genügend gekennzeichnet war, fand die bekannte Resolution einstimmige Annahme. Auch wurden einige neue Mitglieder gewonnen.

**Breslau.** Eine am 10. Dezember in den „Unionsälen“ abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit der Einführung des wöchentlich 36 stündigen Ruhetages. Kollege Winger führte den Kollegen die Schädlichkeit der 7 tägigen Arbeitswoche im Verein mit der ständigen Nacharbeit vor Augen. Redner wies darauf hin, daß von einer ganzen Reihe von Ärzten, Sozialpolitikern und Gewerkschaftsexperten festgestellt sei, daß die Arbeit der Bäder zu den ungesundesten gehöre. Mehrere Kollegen sprachen im Sinne des Referenten. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen. Unter „Verschiedenes“ wurde



neben Müllern, auch das traurige Verhalten der Konföderation und des katholischen Gesellenvereins bei der Ortsklassenwahl gehörig gebrandmarkt. Mehrere neue Kämpfer wurden gewonnen. In seinem Schlusswort ermahnte Kollege Winger die neuen Mitglieder, treu zu unserer Fahne zu halten und forderte alle Anwesenden auf, dahin zu wirken, daß, wenn die Regierung uns den freien Tag in der Woche nicht gibt, wir dann in der Lage sind, uns denselben zu erkämpfen.

**Cassel.** Die am 10. Dezember im Gewerkschaftshaus abgehaltene Ruhetagsversammlung war von 85 Kollegen besucht. Genosse Salomon-Hanau begründete in einflussigem Vortrag die Forderung der Bäckergehülften auf die Herausgabe des 36stündigen Ruhetages in der Woche. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen, ebenso wurde die Petition von den Anwesenden unterzeichnet. Die Gelben waren zu feige, in der Versammlung zu erscheinen. Ebenso teilte der Vertreter des Reichstagswahlkreises Cassel-Melsungen, der Antijemmit Latmann, auf die erfolgte Einladung zur Versammlung dem Vorsitzenden mit, daß er zu solchen Versammlungen nicht gehe. Mehrere Aufnahmen wurden gemacht. Die Resolution wurde in der Arbeiterpresse sowie in zwei bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht.

**Chemnitz.** Eine öffentliche Versammlung beschäftigte sich am 6. Dezember mit dem 36stündigen Ruhetag. Gewerkschaftssekretär Heldt führte den Anwesenden die Selbstverständlichkeit dieser Forderung vor Augen. Er besprach die gesundheits-schädliche Wirkung der überlangen Arbeitszeit. Die Bäckermeister zeigen sich in ihrer ganzen sozialen Rückständigkeit. Sie können es nicht unterlassen, Sturm zu laufen gegen eine selbstverständliche Forderung der Menschlichkeit, in der uns die Arbeiter dieser anderen Verufe Jahrzehnte voraus sind. Die sehr lebhaft diskutierte, daß die Versammelten energisch gegen die überlange Arbeitszeit protestierten und von der Regierung eine gesetzliche Festlegung der 36stündigen Ruhezeit erwarteten.

**Crimmitschau.** Am 6. Dezember tagte hier eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Dertel über die Forderung des Ruhetages referierte. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Versammlung beauftragte den Referenten, mit dem Altgesellen in Verbindung zu treten, um unsere Forderung auch im Gesellenauschuss behandeln zu lassen. Bis zum Ausgang des Berichtes war es aber noch nicht möglich, dieses Altgesellenhabhaft zu werden; er scheint sich nicht lassen lassen zu wollen.

**Danzig.** Am 3. Dezember fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Ergo über das Thema: „Heraus mit dem 36stündigen Ruhetag“, referierte. Er entlegte sich seiner Aufgabe voll und ganz; dies bewies der Beifall, den die anwesenden Kollegen ihm zollten. Die bekannte Resolution fand einstimmige Annahme. Unter „Verschiedenes“ kamen hier einige recht zünftlerische Machinationen zur Debatte. Da dieselben allgemeines Interesse haben, werden wir sie in nächster Nummer unter „Aus dem Innungsstager“ ausführlicher bringen, als es heute an dieser Stelle möglich wäre.

**Dortmund.** Am Sonntag, den 6. ds. Mts. fand hier eine von circa hundert Kollegen besuchte öffentliche Bäcker- und Konditorenversammlung statt. Das Referat hatte Genosse Bromme übernommen; für seine vortrefflichen Ausführungen wurde ihm von seiten der Versammelten reichlicher Beifall gezollt. Zur Diskussion sprachen noch verschiedene Kollegen im Sinne des Referenten. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen. Eine größere Anzahl Neuaufnahmen wurden gemacht. (Anmerkung des Schriftführers: Kollegen von Dortmund, agitiert in diesem Sinne weiter, dann wird auch hier die Zeit bald kommen, daß wir in den traurigen Verhältnissen des Kost- und Logiszwanges Breche schlagen können. Fordert immer stärker den freien Tag, denn auch wir Bäckerproletarier haben Anrecht auf einen solchen! Ohne Kampf kein Sieg!)

**Dresden.** Hier tagte am 8. Dezember eine von nahezu 500 Personen besuchte öffentliche Bäckerversammlung, in welcher Reaktor Niem den Vortrag übernommen hatte. Die betreffende Resolution wurde einstimmig angenommen.

**Eisenach.** Am 26. November fand hier eine verhältnismäßig stark besuchte öffentliche Versammlung statt. Es waren auch 39 dem Verbande fernstehende Kollegen anwesend. Kollege Dorschel zeigte den Erscheinenden in seinen Ausführungen, was durch die Organisation bereits in anderen Städten erreicht worden sei und was auch in Eisenach möglich wäre, wenn die Kollegen Hand in Hand geschlossen kämpfen würden. Hierauf erläuterte Genosse Paul Hornung die Petition zur Erringung des 36stündigen Ruhetages. Nach sehr lebhafter Diskussion gab der Referent den Gegnern des Verbandes eine kräftige Petition mit nach Hause. Gegen die Resolution stimmten 17 Gelbe und 9 Kollegen enthielten sich, wahrscheinlich aus Furcht vor Denunziation, der Abstimmung. Es zeigte sich also, wie traurig es noch mit dem Selbstbewußtsein der hiesigen Kollegen bestellt ist. Aber auch diese Ruhetagsbewegung wird ihre Lehren in den Köpfen der Kollegen hinterlassen und es wird auch hier Tag werden! Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Erfurt.** Am 1. Dezember beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung mit der Erringung des freien Tages in der Woche. Das Referat hielt Arbeitersekretär Schrader. In der Diskussion legte Kollege Schwie den Anwesenden ans Herz, daß auch die Erfurter Kollegen für den 36stündigen Ruhetag mitkämpfen sollten; denn hier tut es bitter not, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Im weiteren wurde eine rege Diskussion über die halb pleite gegangene Innungsrankenkasse eröffnet. Dieselbe erhebt jetzt bei einer Unterstützung von M. 7 pro Woche 80 M. Beitrag. Der Altgeselle schob die Schuld nur der Gleichgültigkeit der Kollegen und des Gesellen-Ausschlusses zu. Kollege Schiefe legte den Kollegen klar, wo der Krebsknoten zu suchen sei. Einige Meister führten ihre Beiträge nicht richtig ab. Es gäbe nur eine Hilfe, das wäre die Auflösung und der Uebertritt zur Allgemeinen Ortsrankenkasse; dann erst hätten die Kollegen die Garantie, daß sie im Krankheitsfalle nicht verkommen müßten, denn die Ortskasse zahle bei 60 M. Wochenbeitrag nicht M. 7, sondern M. 12. Vor Schluß der Versammlung wurden noch etliche Mitglieder aufgenommen.

**Forst i. d. L.** In einer gut besuchten Versammlung referierte Arbeitersekretär Genosse Kunkel über die Notwendigkeit des wöchentlichen Ruhetages. Redner wies auf die bereits vom Regierungspräsidenten zu Düsseldorf und Münster gegebenen Erlasse hin. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Mehrere Kollegen wurden aufgenommen.

**Gera.** Am 6. Dezember fand im Restaurant zum Hainberg eine öffentliche Versammlung statt, in der Gewerkschaftssekretär Pfeiffer einen Vortrag über den im Bäckergewerbe zu schaffenden gesetzlichen Ruhetag hielt. Der Referent ging an

Hand reichen Materials auf den bereits im Jahre 1905 an den Bundesrat gelangten Entwurf ein und erwähnte, daß in der letzten Zeit auch die Innungspresse Stellung zur gesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe im Bäckergewerbe genommen habe. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

**Gotha.** Sonntag, den 6. Dezember fand im Volkshaus „Zum Mohren“ eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher Kollege Becker über den 36stündigen Ruhetag referierte. In der Diskussion schloß sich Kollege Haberhorn dem Referenten an und forderte die Kollegen auf, für die Durchführung unserer gerechten Forderung eifrig mitzuwirken. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

**Hannover.** Eine imposante Protestversammlung tagte am 8. Dezember. Genosse C. Mat, Gewerkschaftssekretär, Hannover, referierte über den 36stündigen Ruhetag. Die weit über 200 Anwesenden lauschten aufmerksam dem Referenten, der an der Hand ärztlicher Gutachten nachwies, welche große Schädigungen und Nachteile eine überlange Arbeitszeit auf Leben und Gesundheit der Bäcker, jenseits ausübt. Nach kurzer Diskussion, an der sich zu unserem Leidwesen von dem kleinen Häuflein Gelber, das sich in eine Saalecke gedrückt hatte, niemand beteiligte, wurde die Resolution gegen drei Stimmen angenommen. Die Besizer dieser drei Stimmen wurden von allen Seiten ausgelacht.

**Hildesheim.** Dienstag, den 8. Dezember, fand hier eine öffentliche Versammlung statt. Hierzu waren die Vorstandsmitglieder der Bäckerei sowie die zwei am Orte bestehenden Vereine und der Gesellenauschuss noch besonders brieflich eingeladen, und waren annähernd fünfzig Personen erschienen. Die Polizeidirektion, welche von irgend einer Seite davon unterrichtet sein mochte, glaubte jedenfalls, Hildesheim sollte auf den Kopf gesteckt werden, und sandte uns polizeiliche Ueberwachung, wogegen von unserer Seite selbstredend Protest eingelegt werden wird. Nur um die so gut besuchte Versammlung nicht der Auflösung verfallen zu lassen, duldeten wir die Anwesenheit des Beamten. Der Referent, Stadteroberer Salomon, behandelte in seinem Vortrage die Ursachen und Wirkungen der Wirtschaftskrisen und verband hiermit die Forderung des 36stündigen Ruhetages. In der Diskussion beteiligten sich auch einige der anwesenden Nichtmitglieder. Die von uns vorgelegte Resolution zur Erringung des 36stündigen Ruhetages in der Woche wurde einstimmig angenommen. Jedenfalls ist dies ein Beweis, daß auch in den uns fernstehenden Kreisen diese Forderung als gerechtfertigt anerkannt wird.

**Hof i. B.** Am 13. Dezember fand hier eine allgemeine Versammlung statt, welche verhältnismäßig zahlreich besucht war. Kollege Hechtel referierte über den 36stündigen Ruhetag. Daß die Kollegen auch hier in Hof mehr Interesse an dem Verband nehmen, bewies die einstimmige Annahme der Resolution. Auch wurden wieder einige Kollegen aufgenommen. (Anmerkung des Berichterstatters: Also, Kollegen von Hof, an euch liegt es jetzt, fest zusammenzuhalten und tüchtig zu agitieren! Vor allem rufe ich den Konsumbäckern zu, genossenschaftlich zu arbeiten. Jeder muß seine Kraft in den Dienst der Organisation stellen. Die Kollegen müssen mehr als bisher die Einigkeit pflegen und dahinstreben, daß unsere Mitgliedschaft sich denen in anderen bayerischen Städten würdig anreihen kann. Vorwärts immer — rückwärts nimmer!)

**Homburg v. d. S.** Am 9. Dezember fand hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Kollege Lanke referierte über die Erringung der sechsstägigen Arbeitswoche. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und die Petition von sämtlichen bis auf einen Kollegen unterzeichnet. Aufnahmen konnten vollzogen werden und einige Kollegen erklärten, in nächster Zeit ebenfalls beizutreten.

**Kaiserslautern.** Die Versammlung vom 10. Dezember, in welcher Kollege Holz über die Erringung eines 36stündigen Ruhetages referierte, war mäßig besucht. Nach einer anregenden Diskussion fand die bekannte Resolution einstimmige Annahme. Einige Aufnahmen konnten erzielt werden. (Anm. des Berichterst.: Am ersten Donnerstag im Monat Januar findet eine Mitgliedsversammlung im Lokale Burg, Steinstraße, statt, in welcher wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, und daher das Erscheinen aller Verbandsmitglieder von Kaiserslautern und Umgebung zur Aufgabe macht.)

**Kattowitz i. Oberschl.** Am 9. Dezember fand hier im Lokale des Herrn Salzmann eine Bäckerversammlung statt. Kollege Winger-Dreslau sprach über die Einführung des wöchentlichen 36stündigen Ruhetages. In einem einflussigen Vortrage wies Redner speziell darauf hin, wie gesundheits-schädigend die sieben-tägige Arbeitswoche auf den Körper der Bäcker wirkt, und daß die Bäcker durch solche Arbeitsweise zu Menschen zweiter Klasse degradiert seien. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Ausführungen, wurde die bekannte Resolution gegen den Bundesrat einstimmig angenommen. Unter „Verschiedenes“ wurden mehrere Mißstände zur Sprache gebracht. In vielen Bäckereien Ober-schlesiens sind gar nicht einmal Beiten für die Gesellen vorhanden. Einige Mehlstädte hinter den Backofen gelegt, bildet die Ruhestätte für den ausgebeuteten Bäckergesellen. Der Bäckermeister Gutsmann-Lauwhütte, welcher jedem Gesellen, der mit einer Versammlungseinkunft kommt, das Haus verbietet, scheint das Schlafen der Bäckergesellen auch für Lugus zu halten. Einem Gesellen, welcher kürzlich bei diesem Herrn in Arbeit getreten war und seit vier Tagen sein Bett suchte, ohne es zu finden, erwiderte dieser menschenfreundliche Herr auf die Frage nach dem Bett: „Sehen Sie mal zu, vielleicht finden Sie irgendwo ein Plättchen“. Kollege Winger ersuchte die Anwesenden, sich mehr um die Organisation zu kümmern, denn nur eine gute Organisation könne die Mißstände in den Bäckereien beseitigen. Nachdem Kollege Stramer noch einige Mißstände vorgebracht, schloß Kollege Winger die Versammlung mit dem Wunsche, tüchtig zu agitieren und für guten Besuch der nächsten Versammlung, welche am zweiten Weihnachtstage wieder hier stattfindet, zu sorgen.

**Leipzig.** Am 9. Dezember tagte eine öffentliche Bäcker-versammlung, die sich mit dem Thema: „Heraus mit dem 36stündigen Ruhetag“ beschäftigte. Kollege Freitag hatte, da der vorgelesene Referent, Parteisekretär Genosse Hiffel, am Erscheinen verhindert war, das Referat übernommen. In eingehender Weise legte er den Kollegen die Notwendigkeit unserer Forderung klar. Die vorgelegte Resolution wurde gegen die Stimmen von etwa zwölf Gelben und Meisterhülftchen angenommen. Zum zweiten Punkt referierte Kollege Freiburger über die Zustände bei der Innungsrankenkasse. Für seine Ausführungen erntete er reichlichen Beifall. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der bevorstehenden Weihnachtsbäckerei. Die Versammlung war von etwa 300 Kollegen besucht.

**Lüneburg.** In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach am 6. Dezember Kollege Adam über das Thema:

„Heraus mit dem 36stündigen Ruhetag.“ Die bekannte Resolution wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

**Metz.** Hier fand am 26. November eine öffentliche Versammlung statt, welche von 56 Kollegen besucht war. Kollege Wichte referierte über den Ruhetag in eingehendster Weise, und nach einem einflussigen Vortrage wurde ihm stürmischer Beifall gezollt. Hierauf wurde die Resolution einstimmig angenommen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Braun und Weil über die Metz Verhältnisse, speziell über die lange Arbeitszeit und deren Folgen. Zum Schluß ließen sich einige Kollegen in den Verband aufnehmen. Die Kollegen von Metz haben durch ihren zahlreichen Besuch der Versammlung gezeigt, daß es ihr erster Wille ist, am Kulturfortschritt mitzuarbeiten, um das zu erreichen, was andere Kollegen in Großstädten durch ihre Kämpfe bereits erreicht haben.

**Melsungen.** Eine gutbesuchte Versammlung der Bäcker und Konditoren tagte am 29. November im „Gasthof zum Auer“. Kollege Mag. Hofmann aus Raschau referierte über das Thema: „Heraus mit dem wöchentlichen 36stündigen Ruhetag!“ Nach einer Diskussion im Sinne des Referats nahmen die Anwesenden die Resolution an.

**Plauen i. Vogtl.** Am 9. Dezember fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung statt, welche sich mit dem 36stündigen Ruhetag in der Woche beschäftigte und gut besucht war. Genosse Pieper legte in kurzen Zügen dar, wie notwendig diese Forderung ist. Das größte Uebel, welches die Gesundheit der Kollegen vollständig ruiniert, sei auch im Kost- und Logiswesen zu finden, welches auch von ärztlichen Autoritäten bestätigt worden sei. In der Diskussion wurde scharfe Kritik über Bäckermißstände von einem Redner geübt. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen und die anwesenden Kollegen noch aufgefordert, sich dem Verband anzuschließen, damit endlich diese Mißwirtschaft der Bäckermeister ein Ende nimmt.

**Plauenischer Grund.** Am 30. November tagte in Postchappel eine öffentliche Versammlung, welche einen überaus guten Besuch (67 Personen) aufwies und sich mit der Frage des wöchentlichen Ruhetages beschäftigte. Die Ausführungen des Kollegen Schinnerling fanden allseitige Zustimmung.

**Regensburg.** Am 1. Dezember fand eine von 117 Personen besuchte Versammlung der Bäcker und Konditoren in der Schillerstraße statt, die sich mit der Forderung des 36stündigen Ruhetages beschäftigte. Kollege Ottenbacher referierte und die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Referent legte den Mitgliedern noch ans Herz, daß sie jede Woche ihre Zeitung ordentlich durchlesen, pünktlich die Beiträge zahlen und die Versammlungen stets vollzählig besuchen. Nachdem auch der Vorsitzende die Anwesenden aufgefordert hatte, der Organisation beizutreten, wurden mehrere Aufnahmen vollzogen und die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

**Schönebeck.** Am 1. Dezember fand in der Reichshalle eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Bremer über den Ruhetag in jeder Woche referierte. Die Resolution wurde angenommen. In der Diskussion wurde gegen die Lehrlingszuchterei scharf vorgegangen, da es hier gerade noch einmal so viel Lehrlinge als Gesellen gibt. Es arbeiten: eine Bäckerei mit vier Lehrlingen ohne Gesellen, fünf Bäckereien mit drei Lehrlingen ohne Gesellen, zwölf Bäckereien mit zwei Lehrlingen ohne Gesellen, drei Bäckereien mit einem Lehrling, vier Bäckereien mit einem Lehrling und einem Gesellen, sieben Bäckereihaber arbeiten allein, drei Bäckereihaber arbeiten mit drei Gesellen, die übrigen mit je einem Gesellen. Insgesamt sind 61 Bäckereien in Schönebeck, Salze und Frohse.

**Sonneberg i. Th.** Am 13. Dezember fand hier eine öffentliche gut besuchte Versammlung statt, in welcher D. Freitag-Leipzig über: „Die Erringung eines 36stündigen Ruhetages“ referierte. Dem Redner wurde lebhafter Beifall gezollt. Die Resolution gelangte einstimmig zur Annahme.

**Weissenfels.** Fast sämtliche hiesigen Bäckergesellen hatten sich am 10. Dezember versammelt, um zum Ruhetag Stellung zu nehmen. Zu den wenigen, die fehlten, gehörte allerdings auch der Altgeselle. Kollege Friedrich-Halle schilderte in zwei-stündiger Rede die unendlich lange und schwere Arbeitszeit im Bäckergewerbe und Konditoren-gewerbe. Der Ruhetag sei daher eine unbedingte Notwendigkeit. Dem Redner wurde reichlicher Beifall gezollt. Die Resolution wurde einstimmig und mit großer Begeisterung angenommen. Mehrere Aufnahmen wurden gemacht.

**Weißwasser.** Donnerstag, den 3. Dezember fand im Hotel zur Krone eine öffentliche Bäcker-versammlung statt. Kollege Hentschel sprach in kurzen Ausführungen über die Gründe der Petition bezüglich des 36stündigen Ruhetages, worauf die Resolution einstimmig zur Annahme gelangte. Unter Punkt Verschiedenes wurden M. 50 aus der Lokalkasse zum Bau der Gölzinger Druckerei-Genossenschaft geliehen.

**Witten.** Am 13. Dezember fand eine gutbesuchte Versammlung statt. Kollege Kollmar-Vochum sprach über den 36stündigen Ruhetag und fand die Resolution einstimmig Annahme. Bemerkenswert ist, daß der Innungsvorstand auf unsere schriftliche Einladung vollzählig erschienen war. Obermeister Hoffmann sprach zur Diskussion und führte aus, er sowie seine Kollegen seien Fremde der Sonntagsruhe und hätten auch durch Innungsbeschlüsse dieselbe in Witten durch-gelassen. Weiter forderte er die Gehülften auf, sie sollten Ver-trauen zum Innungsvorstand haben und solche Fälle, wo noch am Sonntag gearbeitet wird, melden, sie würden für Abhilfe sorgen. Zu der 36stündigen Ruhezeit sei er der Meinung, daß dieselbe nicht durchzuführen sei, aber eine 30stündige Sonntags-ruhe sei über ganz Deutschland durchzuführen; alle Befürchtungen, daß in anderen Gegenden die Sonntagsruhe nicht durchzuführen sei, wären hinfällig. Es handelt sich da nur um ein ein-zel-nes Vor-gehen, und das Gewerbe würde dadurch keinen Schaden haben. Diese Erfahrung hätte man in Witten gemacht und gesehen, daß die Einnahme ohne Sonntagsarbeit nicht geringer wurde. Vor der Abstimmung über die Resolution forderte der Obermeister die Gehülften auf, dafür zu stimmen; sie sollten sich durch die Anwesenheit der Meister nicht abhalten lassen, ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben; er wisse ja doch, daß ein jeder der Gehülften dafür sei, und die Meister würden sie in diesem Punkt unterstützen. Wenn wir die 30stündige Ruhe-zeit fordern würden, würden sie selbst alle dafür stimmen. Als der Referent die Kollegen auf die Einigkeit der Meister hinwies und sie aufforderte, sich auch der Organisation anzuschließen, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, führte der Obermeister noch aus: Die Bestrebungen der Gesellen, sich zu organisieren, sind berechtigt; er erkennt die Organisation als den Faktor, der im stande ist, für wirtschaftliche Besserstellung zu sorgen, an, und stellte diejenigen, die nicht begreifen, daß man im heutigen wirt-schaftlichen Kampfe nur im engen Zusammenschluß einer Organi-



jaition Schuß findet, als rückständig hin. Kollmar ging in seinem Schlusswort auf die Ausführungen des Obermeisters nochmals ein, und werden die Kollegen nun wissen, was sie zu tun haben. Es muß dem Innungsvorstand Anerkennung ausgesprochen werden, daß er unseren Beschwerden gegenüber einen vernünftigen Standpunkt einnimmt und es wäre nur zu wünschen, daß auch die anderen Innungen mit dem gleichen Verständnis und der gleichen Objektivität diese Frage behandeln würden dann würde es jedenfalls leichter möglich sein, zum Wohle des ganzen Gewerbes ein gegenseitiges Gindeckeln zu schaffen.

Wegen Raumangels mußten die zuletzt eingegangenen Berichte für nächste Nummer zurückgestellt werden.

## Genossenschaftliches.

### Bekanntmachung des Tarifamtes.

Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hielt am 10. Dezember 1908 in Hamburg eine Sitzung ab. Teilnehmer waren die ordentlichen Mitglieder des Tarifamtes: A. v. Elm, G. Dreher, G. Lorenz und Fr. Friedmann, mit beratender Stimme beteiligte sich der Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Generalsekretär Heinrich Kaufmann, und der Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften, G. Kube. Die von dem Tarifamt behandelten Angelegenheiten betrafen die Genossenschaften: Konsum- und Produktivgenossenschaft „Befreiung“-Oberfeld, Konsumverein Jena, Konsumverein zu Meuselwitz, Konsumverein für Striegau, Konsumverein Dortmund-Hamm, Dortmund Genossenschaftsbäckerei „Vorwärts“, Konsumgenossenschaft „Vorwärts“-Barmen, Konsumverein für Magdeburg und Umgegend, Konsumverein für Tutzingen, Konsumverein für Zwenkau. Beschlossen wurde, den Ortszuschlag für Dortmund von 12½ auf 25 pzt. zu erhöhen. Begründung: Gegenseitige Vereinbarung.

Wiederholt hat sich das Tarifamt damit beschäftigt, ob das Füttern und Ruhen der Pferde seitens der Kutscher in die Arbeitszeit einzubeziehen sei. Das Tarifamt entschied, daß nach dem Wortlaut des Tarifes und der dazu auf dem Genossenschaftstag gegebenen Begründung Füttern und Ruhen der Pferde von den Kutschern außerhalb der tarifmäßigen Arbeitszeit zu leisten ist.

Um Fürtümmern vorzubereiten, sei bemerkt, daß bestehende günstigere Vereinbarungen durch diesen Entscheid nicht berührt werden.

In einem anderen Falle hatte das Tarifamt über die Bezahlung der Transportarbeiter an bürgerlichen Feiertagen zu entscheiden. Der § 1 des Transportarbeiter-tarifes spricht von einer wöchentlichen Arbeitszeit, und im vorletzten Absätze des § 2 heißt es, daß für Wochenfeiertage Lohnabzüge nicht gemacht werden dürfen. § 4 setzt ferner fest, daß Sonntagsarbeit mit einem Aufschlag von 50 pzt. zu entschädigen ist. Auf Grund dieser Bestimmungen entschied das Tarifamt wie bisher, daß Arbeiten der Transportarbeiter an Wochenfeiertagen mit dem üblichen Aufschlag von 50 pzt. besonders zu entschädigen sind, daß somit für Arbeit an diesen Tagen außer dem vollen Wochenlohn noch ein Tagelohn mit 50 pzt. Aufschlag zu bezahlen sei.

In einem dritten Falle war die Frage zu entscheiden, ob gegen Urteile eines Schiedsgerichts Berufungen an das Tarifamt zulässig seien. Da nach dem § 11 des Tarifes Absatz 3 sich die Beteiligten dem Schiedspruch zu fügen haben, so mußte das Tarifamt es ablehnen, in eine neue Verhandlung über die Angelegenheit einzutreten.

In allen übrigen Fällen waren die Entscheidungen des Tarifamtes nicht von allgemeiner, prinzipieller Bedeutung. Einige Sachen mußten auch vertagt werden.

Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.  
Genossenschaftl. Vorsitzender: Gewerkschaftl. Vorsitzender:  
gez. A. v. Elm. gez. G. Dreher.

## Betriebsunfälle.

**Erstickung durch Ofengase.** Aus Jena wird berichtet: Einen schnellen Tod erlitt am Sonntag, den 13. Dezember, der beim Bäckermeister Bahn beschäftigte Bäckergehülfe R. Schmidt aus Jena. Derselbe ging gegen Mittag schlafen, schüttete vorher nochmals Kohlen auf, ließ aber dabei unvorsichtigerweise die Ofentür offenstehen. Durch Uebermüdung ist er dann eingeschlafen, und als er geweckt werden sollte, war der Erstickungstod schon eingetreten.

## Polizei und Gerichte.

**Handzüge durch die Bäckereien Berlins** hat eine Gesellschaft von neun Bäckergehülfen ausgeführt, die alle Stadtgegenden Berlins unsicher machten. Sie waren mit den lokalen Einrichtungen der Bäckereien vertraut und wußten namentlich, wo die Schlafräume der Kollegen lagen. Ihre Kenntnis benutzten die Angeklagten, um mittels Erbrechen der Türen der Gefellenstuben oder Einsteigens durch die Fenster den Stuben einen unliebsamen Besuch abzustatten und die Wertgegenstände, Kleidungsstücke usw., die sie dort vorfanden, zu stehlen. Die Haupttäterführer waren Jakob Sowodnia und Christian Jend, die zu je 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Im übrigen wurden verurteilt: Karl Ruz zu 2 Jahren, Richard Neumann zu 1½ Jahren, Otto Clafen, Josef Frenzel, Oskar Sada und Max Jüngling zu je 1 Jahr Gefängnis und Kurt Schlegel zu 6 Monaten Gefängnis.

**Der Preisrätselprozeß geht weiter.** Die Strafkammer zu Berlin hat auf eingelegte Berufung von unserer Seite sich nochmals mit dem bekannten Preisrätselprozeß beschäftigt und daraufhin die Sache wieder an das Schöffengericht zurückverwiesen, weil dieses nicht alle Punkte unserer Widerlage gegen Herrn Hartmann bei der Strafausmessung genügend berücksichtigt hat. Hoffentlich geschieht dies jetzt in einer Weise, die auch uns befriedigen kann, denn es besteht nicht die Absicht, dem Direktor des gelben Bundes etwas zu schenken.

## Aus dem Innungslager.

**Brief aus Cassel.** „Die Welt wird schöner mit jedem Tag, wer weiß, wie das noch enden mag.“ An dies Dichterverwort denkt man unwillkürlich, wenn man über die letzten Vorgänge in Cassel nachdenkt. Altgesellenwahl mit Hindernissen und zünftlerische Protestversammlung gegen bestehende und kommende Polizeiverordnungen. So hatten sich die Bäckermeister nebst ihren Söhnen und den treuen Gelben lange nicht angestrengt, wie bei diesen zwei Ereignissen. Nicht einmal auf die Arbeit im Beruf wird soviel Sorgfalt von jener Seite verwendet wie hierbei. Endlich war denn der große Tag der Altgesellenwahl, der den treuen Schafen schon vor Monaten bekannt war, während die übrigen Gesellen erst fünf Tage vorher Bescheid erhielten, gekommen. Lange genug hatte man ja bei dem halben Duzend wahlberechtigter Mitglieder des „Germania“-Vereins für die gelben Kandidaten Propaganda machen können. Früh genug konnte man ja versuchen, durch A 5 Judaslohn unorganisierte Kollegen auf die gelbe Seite zu ziehen. Noch eine Kategorie Leute brauchte man, damit die Zahl der Wähler groß genug war, nämlich die Meisterjöhne. Was, werdet Ihr sprechen, wählen denn in Cassel die Meisterjöhne auch mit bei der Altgesellenwahl? Jawohl, lieber Leser, in Cassel geht das. Derselbe Meisterjöhne, der sonst mit einem Bäckergehülfen nichts gemein haben will, derselbe, der bei der Nacht nicht mitarbeiten, sondern bloß am Tage die Kundschaft zu puffieren braucht; derselbe, der nicht nötig hat, eine Invalidenmarke zu flehen, weil er angeblich keinen Lohn erhält, derselbe ist bei der Casseler Bäckerringwahl berechtigt zum Gesellenauschuh. „Weshalb auch nicht“, sagt der alte Konrad, „das sind doch auch Gesellen“; natürlich bloß bei der Wahl. So ist es denn gekommen, daß die Kandidaten der Gelben vier Stimmen mehr hatten als die des Verbandes. Die eine Stimme, die mehr abgegeben ist, als Wähler da waren, läßt der Obermeister ganz einfach von der großen Stimmengahl abschreiben; die Gelben haben doch noch gesiegt. „Wir protestieren gegen die Wahl“, rufen die Verbändler, „weil nicht alle wahlberechtigten Kollegen eingeladen wurden.“ Doch o weh! „Unsere Stärke soll Ihr jetzt erst richtig spüren“, schallt es von den Gelben, und letztere eröffnen die „Wahltschlacht“. Biergläser, Stühle und Stöße fliegen durch die Luft, und beinahe hätte auch der Papa Stimmen was abgefragt. Endlich war die Kauferei zu Ende. Armes, gelbes Mittelchen! Wie haben sie Dich verhauen. Und wie sieht der Saal aus. A 15 bis 20 rechnet der Wirt. Wer bezahlt den Schaden? Auf diese Frage des Wirtes gibt der Obermeister eine beruhigende Antwort, als wenn die Innung den Schaden bezahlen wollte.

Einen Tag später. Daß auch die Polizei solche Verordnungen herausgeben konnte, die die altertümlichen Buden reorganisieren soll. Wie schön war es doch früher, als wir noch keine Verbandsgesellen hatten, die die großen Schweinereien ans Tageslicht brachten. Wo die Bäckermeisterfrauen in ihrer ganzen Geschäftsperiode kein Baduch zu waschen brauchten. Da wurden die Fücher einfach auf die Bretter genagelt, und wenn der Dred zu die wurde, mußte der Stifz denselben abtragen. Um Himmelswillen nicht waschen, sonst fallen sie auseinander. Der Fußboden brauchte früher nicht geschwärt zu werden, der Geselle lehrte das Fußmehl zusammen und damit war die Sache erledigt. Nun soll alles anders werden. Nein; da muß der Innungsausshuh protestieren! Die Schlafstellen, besser gesagt „Schlafställe“, sind ebenfalls bis vor mehreren Jahren gut genug gewesen, aber da nun die Verbandsgesellen verschiedene Male die Polizei in die Buden führten, wo noch zwei Bäckergehülfen zusammen in einem Bett schliefen, oder wo die Schlafkammer wochenlang nicht gefehert wurde oder das Bettzeug monatelang nicht frisch überzogen wurde oder sonstige Mißstände herrschten, soll auch hier endlich Remedur geschaffen und Vorschriften über die Schlafstellen herausgegeben werden. Weil die Bäckermeister einmal beim Protestieren sind, so wird hiergegen gleich mit protestiert. Wie ist doch gleich die Devise der Gelben? „Mit dem Meister für das Handwerk!“ Der gelbe Hermann, als erster an der Spitze, muß also der Devise Geltung verschaffen: also mitprotestieren. Bäckermeister, Bäckerei-Inhaber, Bäckermeisterjöhne, Hausbesitzer und gelbe Führer: alles protestiert gegen die Verordnungen. Protestierten die gelben Führer etwa deshalb gegen die Verordnungen, weil es ihnen in dem Dred so wohl gefällt? Wir müssen es annehmen. Keine zehn Bäckereien in Cassel entsprechen der Verordnung, sprach der Obermeister Simmen. Wenn wir ihm noch nichts geglaubt haben, das wollen wir ihm glauben.

Die Verbandsgesellen sind jedoch der Meinung, daß durch die Verordnung noch lange nicht alle Mißstände aus der Welt geschafft werden, auch wenn dieselbe eingehalten würde, was aber, zum Ueberflus gesagt, nicht der Fall ist. Die in Aussicht gestellte Verordnung über das Schlafstellenwesen ist nur dann überflüssig, wenn den beschäftigten Gehülfen Kost und Logis außer dem Hause gewährt wird. Und daß es über kurz oder lang soweit kommt, dafür werden die Verbandskollegen sorgen.

## Aus dristlicher und gelber Werkstatt.

**Die Bochumer Gelben und unsere Forderung des Ruhetages.** Aus Bochum schreibt uns ein Kollege: Vor kurzem sendete der Vorsitzende der Mitgliedschaft Bochum unsere Protestresolution an den Bochumer Anzeiger, welche dort auch zum Abdruck kam. Als Entgegnung schickte schleunigst der erste Vorsitzende des Zweigbundes Westfalen des gelben Bundes einen Artikel an das Blatt, in dem es heißt: „In dem Eingekant findet der auf nationalem Boden stehende, handwerkstreu und für seine Mitglieder gleichfalls soziale Fortschritte erstrebende Bund der Bäckergehülfen mit keinem Wort Erwähnung. Ferner ist in dem Artikel unterblieben, die Leser darauf aufmerksam zu machen, daß die erwähnte Petition betreffs eines wöchentlichen Ruhetages von dem Bundesrat eine Ablehnung erfahren hat, weil die Einführung einer solchen Ruhezeit ohne die Vernichtung des Kleinhandwerkes nicht denkbar ist.“ Ferner schreibt er, die Bäckergehülfen würden nicht mit Krankheiten überhäuft, die Krankheiten gingen nicht einmal über das normale Maß hinaus und der gelbe Bund bestände darauf, daß in Anbetracht der großen sozialen Bedeutung der Gesundheitspflege dieselbe in allen Fach- und Fortbildungsklassen als obligatorischer Lehrgegenstand eingeführt werde.

**Kollegen! Der Häuptling der gelben Truppe glaubt einen Splitter in seines Bruders Auge zu sehen und wird den wirklichen Balken in seinem Auge nicht gemahr.** Wenn aber auch der hohe Bundesrat die 1905 von uns eingereichte Petition abgelehnt hat, so wird ja der Schugtruppier nun merken, daß wir deshalb uns nicht abschrecken lassen und die Hände nicht in den Schoß legen oder seiner Sippschaft beitreten. Dazu bekommt uns der gelbe Herr Kollege nicht. Hat er nicht in der Schule gelernt: Sechs Tage sollst Du arbeiten und am siebenten ruhen? Der Häuptling scheint doch sonst ein so gelehrter Mann zu sein; er behauptet ja, daß es mit den Bäckerkrankheiten nicht so schlimm war und meint, es sei genug geschehen, wenn in der Fortbildungsschule über Gesundheitspflege gesprochen wird. Kollegen, was nützt dies alles den Lehrlingen, wenn sie bei ihren Meistern schlechter behandelt werden als ein Stück Vieh.

Wer seine Interessen dem gelben Bunde anvertraut, wird bald sehen, daß sie dort statt vertreten — zertreten werden! Und deshalb schließt Euch immer enger zusammen und fordert gemeinsam: Heraus mit dem Ruhetag! Pr. P.

**Wenn einer Meister wird.** In einem thüringischen Städtchen hat sich ein neubadener Bäckermeister etabliert, der bisher Führer der meistertreuen Bäckergehülfen war. Wenn unsere Mitglieder je einen Versuch machten, durch Vorräte Licht in die dunklen Köpfe der Bäckergehülfsenschaft zu bringen, dann veranstaltete der „fürsichtige“ Führer flugs einen Klumbin, um seine Getreuen von der gefährlichen Versammlung fernzuhalten. Er kann also von sich sagen, daß er ein braver Mann war und daß er im Interesse der Innungswirtschaft die Gehülfen von den Umsturzbewegungen des Zentralverbandes ferngehalten hat. Die moderne Arbeiterbewegung war ihm demnach ein Grauel. Nun wird er jedenfalls auch seine Dreierbrote nur an Leute verkaufen wollen, die mit der organisierten Arbeiterschaft nichts zu tun haben. Oder nicht? Wenn es ihm als Meister jetzt nicht zu wohl wird, so mag er an seine frühere Dummheit denken. Und vielleicht überlegt der jetzige Vorsitzende der Brüdererschaft, welcher auch bald Meister werden will, sich seine Stellung zu den organisierten Kollegen und Arbeitern beizugehen.

**Erklärt mir, Graf Derindur . . .** Als die Germaniaführer seinerzeit darangingen, unserem wackeren Michaelkirchstraker M. 1000 zwecks „Beihilfe in den Kampf um die Erhaltung des Handwerks“ in die kleine Patschhand zu drücken, haben diese Herren, bei denen die Liebe zu ihren Gefellen unaufhaltbar hervorbrach, es sich gewiß nicht nehmen lassen, dem Leim anrührenden Redaktoren des gelben Blattes Striche und Linien anzugeben, innerhalb welcher sich die Tendenz des herauszugebenden „Organ“ zu bewegen hätte; ganz besonders werden sie ihn beauftragt haben, gegen die genossenschaftlichen Produktiv- und Konsumvereine zu „kämpfen“. Hartmann, als getreuer Friedolin, der des Wirtes seines Herrn gewärtig ist, schimpft denn auch ganz richtig über den „fortwährend Genossenschaften gründenden“ Verband; er vermahnt es aber nicht, gelegentlich auch einmal als Förderer des Prinzips der Genossenschaften aufzutreten, besonders wenn bei Gründung einer solchen durch ein harmloses Inzeratien noch etwas verdient werden kann. Wir lesen jetzt in letzter Nummer dieses Blättchens:

Zur Umwandlung einer seit 15 Jahren bestehenden Brotfabrik in eine Genossenschaft werden Teilhaber mit Einlage von M. 2000 gesucht. Bäcker und Brotfabrik erfahrener näheres unter G. 425 durch die Exped. dieser Zeitung.

Wahrscheinlich will B. S. jetzt die Genossenschaften hochzücken, damit diese den handwerkseindlichen privaten Großkapitalismus totkonkurrieren und das bemitleidenswerte Bäckehandwerk desto schneller den nötigen goldenen Boden wieder gewinnt, oder ist ihm das viele Siegen über den Verband etwas in den Kopf gestiegen, so daß dort das handwerkzertreuerische Programm durcheinander gekommen ist? Wir raten ihm, sich noch ein paar Druckfehlerausfesseln und sonstige dienstbare Geister zuzulegen, die werden wohl alles wieder geraderücken.

## Literarisches.

**Die Deutsche Diamant-Gesellschaft** hat jetzt das D. D.-G.-Buch Nr. 8 herausgegeben. Dasselbe wird jedem Kollegen, der seine Adresse und 10 M. Porto an die D. D.-G. einsendet, zugesandt. (Siehe Näheres Inzerat in heutiger Nummer.)

**Der Anarchismus und die Arbeiterbewegung.** Unter diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 48, eine Broschüre aus der Feder des Genossen Simon Kagenstein. Aus dem Inhalt geben wir folgende Titulüberschriften wieder: Allgemeines — Anarchistische Taktik — Antiparlamentarismus — Anarchismus und Gewerkschaftswesen. Der Preis ist 20 M. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporture.

Die „**Kommunale Praxis**“ Hefte 46, 47. Der Inhalt ist, wie immer, überaus reichhaltig. Am 1. Januar 1909 beginnt ein neuer Jahrgang. Wir raten allen unseren Lesern, die sich für Kommunalpolitik interessieren, diese Gelegenheit zum Beginn eines Abonnements zu benutzen. Preis M. 3 pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Probenummern frei vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

„**In freien Stunden**“, Romanbibliothek in Wochenheften. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, liegen uns die Hefte 47, 48, 49 vor.

Im neuen Jahrgang, der mit dem 1. Januar 1909 beginnt, gelangt einer der besten Romane des berühmten schottischen Erzählers Walter Scott, „Kenilworth“ zuerst zum Abdruck. Mit diesem Roman wird die Romanbibliothek „In Freien Stunden“ den Kreis ihrer Freunde sicher noch wesentlich erhöhen. Daneben wird nächst veröffentlicht: Die Kummerjahre, Erlebnisse einer Mutter. Von S. A. Sawintowa. Für 10 M. die Woche liefert jeder Parteipostbote oder Kolporteur das Heft frei ins Haus.



folle, dann müßten auch Zugeständnisse gemacht werden. Er vertrat folgende Leitsätze:

1. Die vielfach gewünschte Verschmelzung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung ist aus rechtlichen Gründen weder ratsam noch durchführbar.
2. Die bestehenden Körperschaften der Arbeiterversicherung, speziell die Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten, bleiben daher als selbständige Träger erhalten.
3. Es liegt aber sowohl in ihrem Interesse, wie demjenigen aller beteiligten Volksschichten, daß — unter Wahrung des Gesichtspunktes 2 — der gesamte Aufbau der Arbeiterversicherung einheitlicher und durchsichtiger gestaltet und daß dabei mehr als bisher zwischen den verschiedenen Versicherungsträgern eine Fühlung hergestellt wird.
4. Zu diesem Zwecke sind die örtlichen Einrichtungen der Arbeiterversicherung, die zur Zeit auf die verschiedensten Stellen zerstückelt sind, tunlichst bei einem gemeinsamen örtlichen Organ zusammenzufassen, dessen Funktionen auf dem Gebiete der Krankenversicherung hier unerörtert bleiben können, auf dem Gebiete der Unfall-, Invaliden- und demnächstigen Hinterbliebenenversicherung aber die eines „gemeinsamen Unterbaues“ zu sein haben.
5. Auch die für die Mittelinstantz geeigneten Geschäfte sind tunlichst durch einheitliche Stellen zu erledigen.
6. Die höchste Instanz auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, das Reichsversicherungsamt, bedarf schon jetzt und mehr noch nach Uebertragung der entsprechenden Geschäfte der Kranken- und Hinterbliebenenversicherung im Interesse der ordnungsgemäßen und einheitlichen Durchführung ihrer Aufgaben dringend der Entlastung.
7. Damit indessen diese Entlastung nicht unter Schmälerung der bisherigen Rechte der Versicherten erfolgt, bedürfen die untere und mittlere Instanz der Vervollständigung. Auch muß Sicherheit geschaffen werden, daß die Entscheidungen der höchsten Instanz in Rechts- und grundsätzlichen Fragen von den nachgeordneten Instanzen gebührend beachtet werden, damit die Entlastung nicht auf Kosten der Rechtseinheit erfolge.

Demgegenüber versuchten die Berufsgenossenschaftsvertreter eine Entlastung des Reichsversicherungsamtes zu empfehlen, die eine bedenkliche Schmälerung der Rechte der Versicherten bedeutete, indem Renten bis zu 20 pZt. der letztinstanzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamtes entzogen und dem verlierenden Teil im Streitverfahren stets die Kosten des Rechtsstreites aufgelegt werden sollten. Auch sollte das Reichsversicherungsamt nicht mehr mit sieben, sondern nur mit fünf Richtern besetzt sein. Ueber diese Verschlimmerungsvorschläge wurde stundenlang debattiert.

Es läßt sich noch nicht voraussagen, welchen Niederschlag diese Konferenz für den Regierungsentwurf zeitigen wird. Nur soviel ist sicher, daß eine Vereinheitlichung auf Jahrzehnte hinaus vertagt wird, wenn nicht der Reichstag ein erstes Wort in dieser Sache spricht. Jedenfalls darf auch die Arbeiterschaft nicht müßig bleiben, sondern muß in der Öffentlichkeit zu diesen Reformfragen Stellung nehmen, damit Regierung und Reichstag erkennen, daß das Volk mit seiner Meinung nicht auf Seiten der Berufsgenossenschaftsvertreter, sondern auf Seiten der Arbeitervertreter steht.

(„Correspondenz-Blatt“ der Generalkommission.)

### Fachtechnische Rundschau.

**Kakao und Schokolade.** Aus den Untersuchungen von Bernbard und Tizza folgt, daß, wenn man bei einer Untersuchung von Kakao oder Schokolade geringe Mengen von Kupfer findet, dieses Kupfer als natürlich vorkommendes und nicht von den Fabrikationsgefäßen herrührendes (gewöhnlich werden gar keine kupfernen Gefäße verwendet) betrachtet werden kann. Kupfer kommt aber in den Kakaochalen durchaus nicht regelmäßig vor und, wenn es gefunden wird, stets in wechselnden Mengen. E. Gerber hat festgestellt, daß eine Reihe von Gewürzen, die zur Aromatisierung von Schokoladen verwendet werden, die Sefamolreaktion geben, u. a. auch Benzoe, Vanillin, Nellen- und Zimtauszüge. — Solfstien hat bei seinen in Gemeinschaft mit F. Pelzer ausgeführten Untersuchungen die Angaben hinsichtlich der Benzoe und des Vanillins bestätigt gefunden. Ue hat ähnliche Färbungen auch bei Verwendung von Perubalsam beobachtet und festgestellt, daß das im Perubalsam vorhandene Cinnamin die gleichen Reaktionen hervorruft. Man muß daher bei der Beurteilung von Schokolade sehr vorsichtig sein, da alle möglichen anderen Stoffe außer Sefamol die gleichen oder ähnliche Farbenreaktionen geben können. — Solfstien hat mit Perubalsam ebenfalls Reaktionen erhalten bei Verwendung von Zinnchlorür als Reagens; mit Furfuröl und Salzsäure traten keine Reaktionen ein. Für die Bestimmung von Saccharin in Kakaoapulver hat W. P. S. van den Drieffen ein Verfahren empfohlen.

(Aus der „Oesterreichischen Chemiker-Zeitung“.)

### Internationales.

**Oesterreich.** Am 3. November hat die nunmehr verabschiedete Regierung v. Beck dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage über die Reform und Erweiterung der Arbeiterversicherung unter dem Titel „Gesetz, betreffend die Sozialversicherung“, zur verfassungsmässigen Behandlung übermittelt.

Damit wäre nun nach jahrzehntelangen Kämpfen der österreichischen Arbeiterschaft eine ihrer Hauptforderungen der Verwirklichung nähergebracht. Aber der Inhalt dieser umfangreichen Gesetzesvorlage, die nicht weniger als 325 Paragraphen zählt, strotzt von Arbeiterfeindlichkeit. Die Absicht der Macher dieser Vorlage geht dahin, die Selbstverwaltung der Krankenkassen den Arbeitern auf einem Umwege zu rauben, indem die Altersversicherung der „Selbständigen“ in die Sozialversicherung hineingezwängt wurde. Es soll dadurch die Schaffung von „Bezirksstellen“, die als Grundlage der Gesamtversicherung dienen sollen, motiviert werden. Diese Bezirksstellen sollen so zusammengesetzt

werden, dass auf die Arbeiter nur ein Drittel der Vorstandsmitglieder zu wählen entfällt. Diese zu schaffenden Bezirksstellen übernehmen das gesamte Meldewesen, führen die Evidenz, bestimmen die Lohnklasse der Angemeldeten, kassieren die Beiträge ein, übernehmen die ganze Verwaltung des Versicherungswesens, ja es ist ihnen auch das Recht eingeräumt, die Kanzelegeschäfte der Krankenkassen zu übernehmen. Das wäre also der Preis, den die Arbeiterschaft für die Sozialversicherung zahlen soll. Man wird nicht irgehen, wenn man annimmt, dass die Herrschaften absichtlich nur deshalb diese Bestimmungen hineingenommen haben, um die Arbeiterpartei zum Widerstand gegen die Vorlage aufzureizen, und so entweder die ganze Vorlage zu begraben oder ein ausgiebiges Agitationsmittel gegen die Sozialdemokraten in die Hand zu bekommen. Es wird ein schweres Stück Arbeit kosten, diese nicht nur arbeitserfindlichen, sondern den Wert des ganzen Werkes verstümmelnden Bestimmungen zu beseitigen.

Die Krankenversicherungspflicht soll ausgedehnt werden auf alle Lohnarbeiter, Heimarbeiter und Dienstboten. Die Dauer der Krankenunterstützung wird von 20 Wochen auf ein Jahr ausgedehnt. Das Krankengeld wird nicht mehr auf der Grundlage des bezirkstüblichen Tagelohnes bemessen, sondern nach Zugehörigkeit der Lohnklassen, die gleichzeitig als Beitragsgrundlage für die gesamte Versicherung dienen werden. Es werden zehn Lohnklassen geschaffen mit Leistungen an arbeitsunfähige Kranke von 40 Heller bis Kr. 4 Unterstützung pro Tag. Wöchnerinnen erhalten vier Wochen lang nach der Niederkunft anderthalbfaches Krankengeld. Demgegenüber sollen Angestellte mit mehr als Kr. 200 Monatsgehalt von der Krankenversicherungspflicht ausgeschlossen werden.

Die Unfallversicherung wird bedeutend entlastet, da die Kosten der Unfallheilung im ganzen die Krankenkassen zu tragen haben werden.

Die Alters- und Invaliditätsversicherung sichert die folgenden Renten und Leistungen: Der Arbeiter erhält mit vollendetem 65. Lebensjahr die Altersrente. Wird er vor dieser Zeit invalide, so erhält er die Invalidenrente. Der „Selbständige“ erhält im gleichen Alter (65 Jahre) die Altersrente.

Die Höhe der Invaliden- und Altersrente ist von der Dauer und Höhe der Einzahlung abhängig. Den Hinterbliebenen wird eine einmalige Kapitalabfindung gewährt. Der Kreis der Versicherten teilt sich in zwei Gruppen: Unselbständige und Selbständige. Insgesamt sind 9 Millionen Personen in diesen Versicherungskreis einbezogen. Die Beiträge der Unselbständigen sind in sechs Klassen von 12 bis 72 Heller eingeteilt. Die Rente ist nach folgender Tabelle bemessen:

Lohnklasse	Wöchentlicher Arbeitsverdienst (in Kronen)	Wochenbeitrag (zur Hälfte vom Arbeit- und Dienstgeber zu tragen) Heller	Rentenanspruch (bei Zahlung von 60 Wochenbeiträgen jährlich nach Jahren)				
			Kr.	Kr.	Kr.	Kr.	Kr.
a) Arbeiter							
I	bis 4,80	12	124,80	132	144	156	168
II	a) über 7,20 „ 7,20	24	159,60	174	198	222	246
	b) „ 7,20 „ 9,60						
III	a) „ 9,60 „ 12,—	36	194,40	216	252	288	324
	b) „ 12,— „ 14,40						
IV	a) „ 14,40 „ 19,20	48	229,20	258	306	354	402
	b) „ 19,20 „ 24,—						
V	a) „ 24,— „ 30,—	60	264,—	300	360	420	480
	b) „ 30,— „ 36,—						
VI	„ 36,—	72	298,80	342	414	486	558

b) Selbständige  
Jährlich 12 Monatsbeiträge à Kr. 1 | 159,60 | 174 | 198 | 222 | 246

Die Versicherungspflicht beginnt mit dem 16. Lebensjahr; von ihr ausgenommen sind schon Invalide und mehr als 60jährige Personen. Desgleichen Personen, die im Monats- oder Jahresgehalt stehen und deren Bezüge monatlich Kr. 200 oder jährlich Kr. 2400 übersteigen. Statt einer dauernden Witwen- und Waisenversorgung ist bloss eine einmalige unzulängliche Abfertigung vorgesehen.

Die Höhe der Kapitalabfindungen, welche an die Hinterbliebenen zu gewähren sind, möge aus folgenden Beispielen entnommen werden. (Voraussetzung 50 Beitragswochen im Jahre):

Lohnklasse	Bei Vorhandensein		
	einer Witwe ohne Kinder Kr.	einer Witwe mit einem Kinde Kr.	einer Witwe mit zwei Kindern Kr.
a) Arbeiter			
I	120	180	240
II	150	225	300
III	180	270	360
IV	210	315	420
V	240	360	480
VI	270	405	540
b) Selbständige (Voraussetzung 12 Monatsbeiträge von Kr. 1)			
	150	225	300

Z.

**Aussperrung der Zuckerbäckergehilfen in Budapest.** In Budapest streiken seit einiger Zeit die Kollegen in den Konditoreibetrieben. Jetzt hat sich die Gewerkekorporation der Zuckerbäcker mit diesem Streik befasst, und nach mehrstündigen Verhandlungen gelangte eine Resolution zur Annahme, laut welcher jene Firmen, deren Gehülfen den von den Arbeitgebern aufgestellten neuen Lohnstarif nicht anerkennen wollen, verpflichtet sind, die Gehülfen sofort auszusperrten. Den kleinen Meistern wird es zur Pflicht gemacht, in den grösseren Betrieben auszuhelfen. Falls die Gehülfen

die Bedingungen nicht annehmen, erfolgt die allgemeine Aussperrung der Gehülfen. Man sieht, Scharfmacher sind in Ungarn noch ebenso an der Spitze, wie hier zu Lande. Eine Gehülfenversammlung beschloss nun, keine Einzelverträge, sondern nur einen Kollektivvertrag abzuschliessen zu wollen. Mithin wird die Aussperrung perfekt.

### Sozialpolitisches.

**Regelung der Sonntagsarbeit in Remscheid.** Kein Bäckereibetrieb mehr an Sonn- und Festtagen. Auf den Antrag von zwei Dritteln der beteiligten Gewerbetreibenden hat der Herr Regierungspräsident auf Grund des § 41 b der Gewerbeordnung für den Umfang der Stadt Remscheid bestimmt, daß in Bäckereien ein Betrieb an Sonn- und Festtagen nur insoweit stattfinden darf, als Ausnahmen von dem im § 105 b Absatz 1 der Gewerbeordnung getroffenen Bestimmungen durch die Bekanntmachung des Herrn Regierungspräsidenten vom 14. Juli 1908 (Beschäftigung von Arbeitern an Sonn- und Festtagen in Bäckereien) zugelassen sind.

**Verfahrenere Mittelstandsrettung.** Um dem Mittelstand zu helfen, ist man bekanntlich schon auf die verworrensten Einfälle gekommen. Die Umsatzsteuer für die Großbetriebe im Detailhandel war eine derjenigen, von der man sich einen besonderen Erfolg versprach. Man bildete sich ein, die kleinen Geschäfte würden wieder emporblühen, wenn man den großen Geschäftsteuern in den Gemeinden aufreime. Aber mit dem Emporblühen hatte es gute Wege. Das hat aber eine gewisse Sorte Politiker doch nicht abgehalten, immer noch schärfere Maßnahmen gegen Warenhäuser und vor allem Konsumvereine, womöglich auf dem Wege der Landesgesetzgebung, zu fordern. Eine vernünftige Haltung zu dieser Frage hat die Erste Kammer des sächsischen Landtags eingenommen, indem sie ein derartiges Ansuchen zurückwies. Aus dem dazu gegebenen schriftlichen Bericht der ersten Deputation der ersten Kammer verbient folgende Stelle hervorgehoben zu werden, welche in der „Dresdener Volkszeitung“ jetzt veröffentlicht wurde.

Es wird in demselben darauf hingewiesen, daß die Kleinbetriebe im Detailhandel sich selbst die schlimmste Konkurrenz und damit auch ihre eigene Notlage bereiten. Im Anschluß daran wird ausgeführt: der solide Detailhandel wird also weniger durch Warenhäuser und Großbetriebe geschädigt, als vielmehr durch Neugründungen zahlreicher kleiner, mit unzureichenden Mitteln versehener Geschäfte, deren Inhaber oft der notwendigen Sachkenntnis ermangeln. Manche dieser Leute messen, wenn es nicht vorwärts, sondern rückwärts mit ihnen geht, nicht sich selbst die Schuld bei, sondern den obwaltenden Verhältnissen und rufen nach Staatshilfe. Auch viele andere, dem selbständigen gewerblichen Mittelstand Angehörige stimmen in diesen Ruf mit ein, nicht weil sie Not leiden, sondern weil sie sich durch den scharfen Wettbewerb in ihrem Gewerbe beengt fühlen, mehr Ellenbogenfreiheit haben möchten, und weil endlich in ihren politischen Versammlungen die tunlichste Einschränkung der Großbetriebe durch die Gesetzgebung als Allheilmittel immer wieder dargestellt und gefordert worden ist.

Nach den Mitteilungen des Regierungskommissars vom 17. Januar 1906 stiegen von 1882 bis 1896 in Sachsen die Bevölkerung nur von 8 auf 8,7 Millionen = um 23 pZt. die Kleinbetriebe des Kleinhandels dagegen von 22,9 auf 32,6 Tausend = um 42 pZt. die Handelsbetriebe mit 1 Gehilfen von 1500 auf 5400 = um 265 pZt. die Handelsbetriebe mit 2 Gehilfen von 5500 auf 12 700 = um 131 pZt.

Auf ein Geschäft entfielen durchschnittlich Einwohner in Dresden (Handelskammer):

	1890	1905
bei Manufaktur-, Mode- u. Schnittwarengeschäften	1416	1202
„ Bäckern	842	785

in Leipzig (Stadttrat):

	1895	1907
bei Manufakturwarenhandlungen	6666	8458
„ Kleiderhandlungen	5405	4359
„ Strumpf- und Wollwarenhandlungen	9755	4673
„ Bäckern und Backwarenhandlungen	1037	846
„ Viktualienhandlungen	4166	1548
„ Fleischern und Fleischwarenhandlungen	1243	1090

in Chemnitz (Stadttrat):

	1886	1904
bei Wobwaren- und Ausschneithandlungen	1027	976
„ Zigarrenhandlungen	2447	2029
„ Butter- und Käsehandlungen	7189	3432
„ Bäckern	569	491

Demerkenswert sind noch die Erfahrungen, die in den Gemeinden Sachsens gemacht worden sind, die eine Umsatzsteuer eingeführt haben.

Von den 34 sächsischen Gemeinden, die eine Umsatzsteuer für Kleinhandels-Großbetriebe bei sich einführen, haben neun diese Steuer als unwirksam oder unberechtigt ganz beseitigt, es sind dies Halsbrücke, Großhartmannsdorf, Lausitz, Lungenau, Mulda, Benig, Pöschappel, Siebenlehn, Weissenborn, in zwei Gemeinden (Cotta und Böttau bei Dresden) ist sie wegen Ueberleitung in eine Stadt ohne solche Sonderbesteuerung weggefallen.

Die Umsatzsteuer besteht also nur noch in 23 sächsischen Gemeinden. Ermöglicht haben sieben Gemeinden die Umsatzsteuer, nämlich Burgstädt von 2 auf 1½ pZt., Kirchberg von 2 auf 1½ pZt., später auf 1 pZt., Oberhöndorf von 1½ auf 1½ pZt., später auf ½ pZt., Schönbühse von 1½ auf 1 pZt., später auf ½ pZt., Schönheide von 2 auf 0,2 bis 2 pZt., Wielau von 2 auf 1 pZt., Siebich von 2 auf 1 und (seit 1907) auf ½ pZt. Man kann wohl sagen, daß die Umsatzsteuer in Sachsen auf Grund der mit ihr gemachten Erfahrungen an Boden nicht gewonnen, sondern verloren hat. Im Jahre 1900 wurden in Sachsen 54 Unternehmungen mit rund M. 126 000 Umsatzsteuer getroffen, 1907 nur 35 Unternehmungen mit rund M. 64 000. Dabei sind die Konsumvereine, gegen die die Umsatzsteuer hauptsächlich gerichtet war, an Mitgliederzahl und Umsatz erheblich gewachsen.

Der Mittelstand überhaupt setzt sich nicht nur zusammen aus selbständigen Gewerbetreibenden, sondern auch aus vielen Tausenden von Angestellten, Beamten, Lehrern usw., die ebenfalls in ihrer Mehrzahl dem vorliegenden Antrage, der sich gegen ihr wirtschaftliches Interesse richtet, durchaus ablehnend gegenüberstehen. Der von den Gegnern der Groß-



betriebs-Versteuerung gemachte Vorwurf, daß diese Steuer eine Strafe darstelle für Intelligenz, Tüchtigkeit und Vorwärtsstreben, ist daher nicht unbegründet.

### Bäckerei-Mißstände.

**Lehrlingsmißhandlung.** Eine Mißhandlung ließ der 27 Jahre alte Bäckermeister Paul Jehn in Blauen sich gegen seinen Lehrling in der Nacht zum 2. August d. Js. zu schulden kommen. Aus Mangel darüber, daß der Lehrling den Einback hatte anbrennen lassen, schlug der Angeklagte mit einem von einem Backgefäß abgebrochenen Stück Holz den Lehrling auf den Kopf, die Schultern, die Arme und Beine, so daß der Junge nicht unerhebliche Schmerzen davontrug. Das Schöffengericht in Blauen hat den Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Berufung Jehns richtet sich nur gegen die Strafhöhe. Er begründete seine Berufung mit der Behauptung, daß der Lehrling infolge seiner vielen von ihm zugegebenen Unachtsamkeiten ihn auf das schwerste gereizt habe, so daß er im Zorn sich zu seiner von ihm bebauerten Tat habe hinreißen lassen. Das Rechtsmittel hatte Erfolg. Das Berufungsgericht verwandelte die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von M. 100. Als Ersatzstrafe werden 20 Tage Gefängnis ausgeworfen. Die Gerichtskosten hat der Angeklagte nur zur Hälfte zu tragen.

### An unsere Abonnenten!

Wir ersuchen unsere geehrten Abonnenten, ihr Abonnement bei der Post jetzt möglichst sofort zu erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Ebenso werden diejenigen, welche ausnahmsweise das Blatt noch unter Kreuzband zugestellt erhielten, gebeten, dasselbe jetzt von der nächsten Postanstalt zu beziehen.

Die Expedition.

### —\* Anzeigen. \*—

#### Nachruf.

Am 7. Dezember starb unser treues Mitglied

**Martin Markert**

im Alter von 82 Jahren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

[M. 2,40]

Mitgliedschaft Nürnberg.

#### Nachruf.

Am 9. Dezember starb plötzlich im besten Mannesalter unser treues Mitglied

**August Fillmann**

in Bülkingen.

Ehre seinem Andenken!

[M. 2,40]

Zahlstelle St. Johann.

#### Nachruf.

Am 7. Dezember verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied

**August Gluth**

im Alter von 24 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

[M. 2,40]

Bezirksmitgliedschaft Berlin.

#### Nachruf.

Am Montag, den 14. Dezember, starb plötzlich und unerwartet unser Mitglied, der Konditor

**Hermann Ziegler**

im Alter von 20 Jahren. Wir verlieren einen treuen Verbandskollegen und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

[M. 2,60]

Mitgliedschaft Magdeburg.

### Bäckerei

in bester Lage von Charlottenburg, neuer Vorchrift, mit großer Wohnung, sofort zu vermieten. [M. 1,80]

H. Heider, Charlottenburg, Schulstr. 5.

### Mitgliedschaft Nürnberg.

Freitag, den 1. Januar, abends 6 Uhr:

## Christbaumverlosung

im „Bürgeraal“ (Steinbühl),

verbunden mit **Konzert und Ball,**

unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Lyra-Arion“.

Hierzu sind die Mitglieder freundlichst eingeladen.

[M. 3,80]

Die Vergünstigungskommission.

## Mitgliedschaft Hamburg-Altona.

Zu unserem am 1. Weihnachtstag im Gewerkschaftshaus (grosser Saal), stattfindenden

## Weihnachts-Ball

laden wir hiermit alle Mitglieder nebst ihren werten Damen und Bekannten ergebenst ein.

Karten à Person 30 M

sind bei den Betriebs- und Bezirkskassierern sowie im Bureau, Gewerkschaftshaus, Z. 3, zu haben.

Saalöffnung 6 Uhr.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

[M. 8,60]

Das

## D. D.-G.-Buch Nr. 3

erscheint Weihnachten und ist für die Herren Bäckermeister und Gehülften kostenlos bei unseren Vertretern erhältlich.

Wenn direkte Zusendung einzelner Exemplare von München gewünscht wird, so sind der Bestellung 10 M für Porto beizufügen.

Bestellungen werden umgehend erbeten; Name und Adresse jedes Empfängers müssen uns bekannt gemacht werden.

Das D. D.-G.-Buch 3 ist besonders reichhaltig an unterhaltenden, fachlichen Abhandlungen sowie Rezepten.

## Deutsche Diamant-Gesellschaft (m.b.H.)

München II, Brieffach 102.

[M. 27]

### Mitgliedschaft München.

### Einladung

zu der am Freitag, den 25. Dezember (Weihnachtsfest), nachm. von 3 bis 12 Uhr stattfindenden

## Weihnachts-Feier

im „Gabelsbergerkeller“, Karlstr. 72.

Für genussreiche Stunden garantiert das gediegene Programm. Vollzähligen Besuch aller Verbandsmitglieder und ihrer Angehörigen von München und Umgebung sieht freundlichst entgegen  
[M. 5] Die Vorstandschaft.

### Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund.

Junge, intelligente Arbeiter erlernen kostenfrei die Arenbsche Kurzschrift. Im schwedischen Reichstage verdrängten die Arenbsianer bei freiem Wettbewerb die Gabelsbergerianer, so daß heute dort 21 Arenbsianer und nur noch 12 Gabelsbergerianer arbeiten. v. Kunowski, Erfinder der Nationalstenographie, sagt: „Das System Arenbs vereinigt eine solche Fülle produktiver Gedanken, daß sich ihm kein anderes vergleichen läßt. Wenn wir heute hoffen dürfen, dem Ziele der Kurzschrift näher gerückt zu sein, so haben wir dies hauptsächlich Arenbs zu danken. Er brachte vor allem ein drittes Prinzip zur Geltung neben dem der Kürze und Handlichkeit: Das der Deutlichkeit, welchem auch in der Tat der erste Platz gebührt.“ Unter Beifügung üblichen Portos richte man Adresse an Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubengasse 26.

(Bitte ausschneiden, ausheben oder weitergeben.)

Empfehle mich allen Kollegen und Mitgliedschaften **Zigarren**

zum Bezuge von in Kistchen à 50 und 100 Stück in jeder Preislage zu Fabrikpreisen. [M. 3,80]

Speziell für Weihnachten!

J. Rau, Mannheim, J 4a, 6.

### Allen Münchener Bäcker- und Konditorengestellten

empfehlen sich zur Anfertigung von Herrengarderoben aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie

Georg Prem, Walterstr. 19/0.

### Zur Beachtung!

Heute ist der 52. Wochenbeitrag (21. bis 26. Dezember) fällig.

Jedes Mitglied bringe vor Jahreschluss sein Buch in Ordnung.

### Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

**Freitag, 20. Dezember:**

**Altona:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Bremerhaven:** Nachm. 4 Uhr bei Schlüter, Deichstr. 66. — **Celle:** Nachm. 4 Uhr bei Knoop, Freigenwiese. — **Gelsenkirchen:** Nachm. 4 Uhr bei Jüngenbag, Hochstraße. — **Neumünster:** Bei Julius Schmidt, Bergstraße. — **Oldenburg i. Gr.:** Bei L. Schuhmacher, Kurvikstr. 28. — **Weiskensfeld:** Im Gewerkschaftshaus, Merleburgerstr. 16. — **Zeitz (Bäcker):** Nachm. 3 Uhr „Zum Franziskaner“.

**Mittwoch, 23. Dezember:**

**Traunstein:** Nachm. 4 Uhr im Gasthof „Zum Löwen“.

**Sonntag, 26. Dezember:**

**Rattowitz:** Zusammenkunft der oberschlesischen Bäckermeisterstr. 4.

**Sonntag, 27. Dezember:**

**Bochum:** Nachm. 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — **Sameln:** Im Gewerkschaftshaus, Baustraße. — **Pennigsdorf:** Nachm. 4 Uhr bei Tesmann.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Befensbinderhof 57. — Verlag von D. Almann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.